

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,50 RM., monatlich 1,10 RM.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustriertem Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
 abonnementspreis: 1,10 RM. pro Monat.
 Eingetragen in die Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,60 RM., für das übrige Ausland
 4 RM. pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
 ober deren Raum 10 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das Zeitgedruckte
 Wort 20 Pf. (zweifache Zeitgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Stellenanzeigen und Geschäftsstellenan-
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzei-
 gen für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Gründet 1876.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat, Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 16. Juli 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der russisch-deutsche Handelsvertrag.

Die gesellschaftliche Meinung Russlands beschäftigt sich sehr intensiv mit der bevorstehenden Erneuerung des Handelsvertrages zwischen Russland und Deutschland. Nicht nur die Industriellen und die Landwirte haben spezielle Kommissionen zu dem Zwecke eingesetzt, um ihre Wünsche der Regierung in Erinnerung zu bringen, sondern die Regierung selbst scheint diese Frage sehr ernst ins Auge gefasst zu haben. Sind doch von drei Ministerien spezielle Regierungskommissionen gebildet worden, um den Vertrag vorzubereiten. So leicht wie 1906 will sich die russische Regierung nicht mehr über den Ohr hauen lassen. Zwang die politische Konstellation früher Russland zum Nachgeben, so will man heute in Russland Revanche nehmen, Deutschland bessere Vertragsbedingungen abzwängen. Welche Forderungen und Wünsche stellen nun die interessierten Kreise an den neuen Handelsvertrag? Das ist von erheblicher Bedeutung auch für die deutsche Arbeiterklasse, die doch ebenfalls im Begriffe ist, den Kampf um bessere Handelsverträge mit dem Auslande und gegen die widerwärtigen Agrarzölle zu beginnen. Zunächst aber müssen wir uns klar machen, welchen Einfluß der neueste Handelsvertrag Russlands mit Deutschland auf die russische Volkswirtschaft ausgeübt hat.

Einmal hat Deutschland die Einfuhr von russischem Getreide höher belastet und dadurch erschwert, und die Einfuhr von Vieh und Fleisch fast gänzlich verboten. Andererseits hat Russland eine Reihe von Einfuhrartikeln aus Deutschland mit höheren Zöllen belegt, so für verarbeitetes Gußeisen, für Eisen- und Stahlwaren, für Nähmaschinen, gewöhnliche Maschinen, für elektrotechnische Apparate, für gebläsenen Baumwollseil, für gepompte Wolle usw. Die russischen Industriellen sind also beim Abschluß des Handelsvertrages von 1904 besser davongekommen als die Agrarier. Trotzdem sind heute weder die Industriellen, noch weniger natürlich die Agrarier mit diesem Vertrag zufrieden. Die russischen Landwirte haben gewiß Grund genug, sich über den Handelsvertrag zu beklagen. Sie verweisen auf die Tatsache, daß der Unterschied zwischen dem vollzollten und unvollzollten Roggen keineswegs immer den vollen Betrag des Zolles ausmacht. Noch mehr. Durch die Einfuhrschiene begünstigt, steigt die Roggenausfuhr aus Deutschland von Jahr zu Jahr. Erhöht den Weltroggenpreis und verdrängt Russland von den Märkten der Nordstaaten.

Die Wichtigkeit dieser Anlagen ist gar nicht zu be-
 streiten. Durch die Einfuhrschiene wurden Zollbeiträge be-
 glühten:

1906	56,8	Mill. Mark
1910	121,9	„
1911	104,6	„
1906-1911	534,6	„

In den sechs Jahren nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs wurden also den deutschen Agrariern über eine halbe Milliarde Mark als Ausfuhrprämien gezahlt. Was Wunder, wenn die Ausfuhr von Getreide, speziell von Roggen, aus Deutschland stark gestiegen ist. So wurden ausgeführt (in Millionen Doppelzentnern):

1900/1902	0,9	1908/1910	7,3
1903/1905	2,9	1911	7,7
1906/1908	3,5	1912	7,9

Deutschland führt also heute mehr Roggen aus als Russland. Nur 1911 war der Getreideexport Russlands größer als der Deutschlands. Aber schon 1912 und noch mehr im laufenden Jahre ist Russlands Getreideexport stark gesunken. Es ist daher selbstverständlich, daß die so erstarbte Konkurrenz Deutschlands den russischen Agrariern recht unangenehm wurde. Dabei macht sich diese Konkurrenz selbst auf dem russischen Markte fühlbar.

Der Anteil Russlands an der deutschen Roggencinfuhr ist umgekehrt gesunken. Absolut ist die Einfuhr von russischem Roggen auf rund die Hälfte bis Zweidrittel herabgegangen; relativ ist die Verminderung geringer, immerhin tritt auch hier ein Zurückweichen Russlands deutlich zutage.

Günstiger liegen die Verhältnisse für die Einfuhr von Weizen aus Russland. Der Zoll auf Weizen ist relativ geringer, weil Weizen bekanntlich im Osten Deutschlands nicht angebaut wird, so daß die ostpreussischen Junker an ihm weniger Interesse haben. Dabei hat die amerikanische Konkurrenz in den letzten Jahren abgenommen, der Weltroggenpreis ist stark in die Höhe gegangen, so daß die Nachfrage nach russischem Weizen in Deutschland im Steigen begriffen war. Außerdem fällt hier der Zoll gänzlich zu Lasten des deutschen Konsumenten, weil Deutschland beständig an Weizen Mangel leidet.

Bis 1912 hat Russland in steigendem Maße Weizen nach Deutschland geliefert. 1912 hat sich die Lage für Russland wiederum verschlechtert. Zum Teil sind es zufällige Momente — die Kriege der letzten Jahre und die Dardanellen-Sperre —; zum Teil aber scheint es, daß Russland für die nächsten Jahre ebenfalls weniger Weizen ausführen werde. Betrag doch die gesamte Weizenausfuhr Russlands 1911 240,5 Millionen Pud und 1912 nur noch 160,9 Millionen Pud.

Ueberhaupt ist die Getreideausfuhr Russlands in den letzten Jahren bedeutend zurückgegangen. Vergleicht man die Erntejahre untereinander, so ergibt sich eine Gesamtausfuhr von Getreide 1909/10 von 688 Millionen Pud, 1910/11 782, 1911/12 423 und 1912/13 gar bloß 412 Millionen Pud. Auf diese Tatsache hinweisend, erklären die russischen Industriellen, daß Russland nunmehr gar kein Interesse habe, von Deutschland die Herabsetzung der Getreidezölle zu fordern, daß Russland immer mehr selbst sein Getreide verbrauchen werde und eher dazu übergehen solle, Einfuhrzölle auf deutsches Getreide einzuführen. Da Russland sich industrialisiert, so verwandelt es sich aus einem Ausfuhr- in ein Einfuhrland. Daher habe es kein Interesse an niedrigen deutschen Getreidezöllen.

Rein, so stehen die Verhältnisse noch nicht. Der innere Markt ist doch bei weitem nicht so groß, da die großstädtische Bevölkerung bloß 5,2 Proz. der Gesamtbevölkerung (in Deutschland 20,8 Proz.) ausmacht. Allerdings drückt die Steuerlast nicht so stark den Bauer, der selbst hungert und trotzdem sein Getreide verkauft, so würde Russland unter den jetzigen Produktionsbedingungen kaum viel Brot verkaufen können.

Es wurden nämlich produziert und konsumiert (in Pud pro Kopf der Bevölkerung):

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafers	Kartoffeln
Produktion (1906/1910)	6,70	8,0	3,4	5,4	12,0
Konsumtion (1907/1911)	5,76	7,8	2,4	5,2	12,2
Ueberschuß	0,94	0,2	1,0	0,2	-0,2

Man sieht daraus, daß der Ueberschuß der Produktion über die Konsumtion in den Jahren 1906/1910 tatsächlich gering war.

Man darf aber nicht vergessen, daß Russlands Landwirtschaft noch sehr rückständig ist, daß der Bodenertrag in Deutschland in den Jahren 1907/1910 bei Weizen dreimal, bei Roggen, Gerste und Hafers zweieinhalbmal und bei Kartoffeln zweimal so groß ist als in Russland. Unter normalen Verhältnissen könnte also Russland noch lange Jahre hindurch Getreide ausführen. Aber auch schon jetzt steigt der Export von Futtermitteln an. So führte Deutschland Mais aus Russland 1909 1,38 Millionen Doppelzentner, 1912 aber 2,4 Millionen Doppelzentner ein. Ebenso müßte Russland bei einigermaßen normalen Verhältnissen viel Vieh, Fleisch, Milchzeugnisse usw. ausführen können. So führte Russland an Viebzzeugnissen aus: 1902/1906 für 20,6 Millionen Rubel, 1910 für 28,9 und 1912 für 30,1 Millionen Rubel. Dabei macht sich gerade hier der Druck der ungeheuerlichen Steuerlast und der feudalen Reste einerseits und die Abperrung der deutschen Grenze andererseits besonders fühlbar. Denn den Bauern mangelt es für eine rationelle Viehzucht an nötigem Kapital, das die Regierung und der Adel ihnen abnimmt; sie finden ferner noch relativ geringen Absatz für die Viehprodukte, weil die Stadtbevölkerung noch gering, der deutsche Markt so gut wie geschlossen ist.

Wer also die Tatsachen objektiv betrachtet, muß zugeden, daß die russische Landwirtschaft noch für viele Jahre an einer erleichterten Ausfuhr nach Deutschland großes Interesse haben wird.

II.

Betrachten wir nun die verschiedenen Äußerungen der russischen öffentlichen Meinung in bezug auf den kommenden Abschluß des Handelsvertrages. Die bekannten Volkswirtschaftler, so Tugan-Baranowsky, der Moskauer Professor Manuilow u. a., fordern, daß man beim Abschluß des Handelsvertrages die heutigen Interessen der Landwirte wahren soll. Dagegen meint Sokowzew, der russische Ministerpräsident, daß der Gegensatz zwischen den Landwirten und den Industriellen auch in Russland nunmehr der Vergangenheit gehöre, daß ihre Interessen vielmehr zusammenfallen. Diese ganz unbegründete Ansicht hat Sokowzew in seinen zahlreichen Ansprachen an die russischen Industriellen immer aufs neue wiederholt. Sie hat dann auch warme Verteidiger unter den Volkswirten der „neuen Schule von Strauß“ gefunden, die im Gegensatz zu den alten russischen Volkswirtschaftlern, die die Interessen des „Volkes“, das heißt des Bauerntums, vertreten, sich offen auf die Seite des industriellen Großkapitals stellen.

Früher extreme Freihändler, weil der Freihandel die Doktrin der „liberalen“ Semstwowänner war, wollen sie heute von jedem Entgegenkommen den Landwirten gegenüber nichts wissen. Die Industriellen selber sind praktischer und suchen die Agrarier dadurch für einen hohen Industrieschutz zu gewinnen, daß sie ihnen die Einfuhr von Agrarzöllen als Kompensation versprechen. Darauf scheinen denn auch die Reden Sokowzews von der Interessensolidarität beider Klasse, der Agrarier und der Großindustrie, hinauszulaufen: in der Ausbeutung der Konsumenten treffen die Interessen der russischen Agrarier und des fortentwickelten Kapitals zusammen.

Russland droht also die Gefahr, nicht allein noch höhere Industrieszölle, sondern auch zugleich noch Getreidezölle zu bekommen! Bleiben die Einfuhrschiene in Deutschland aufrechterhalten, so ist es sehr wahrscheinlich, daß auch die russischen Agrarier darauf eingehen werden, Getreidezölle als Gegenmaßregeln zu fordern. Der Zustand, der vor der Brüsseler Zuckerkonvention auf dem Zuckermarkt existierte, wird sich dann allmählich auch auf dem Roggenmarkt, wenigstens in bezug auf den Verkehr zwischen Russland und

Deutschland, herausbilden. Da auch die Schweizer und nordamerikanischen Müller mit den deutschen Ausfuhrprämien sehr unzufrieden sind, ist es wahrscheinlich, daß auch diese Länder Gegenmaßregeln gegen die Ausfuhrprämienpolitik Deutschlands ergreifen werden. Welchen Zweck werden aber dann die Einfuhrschiene noch haben?

Was die Entwicklung der russischen Industrie unter dem Einflusse der Zollerhöhungen der letzten Jahre betrifft, so sind die russischen Industriellen, wie schon erwähnt, damit recht unzufrieden. Russland schützt bekanntlich sowohl seine Rohstoffgewinnung als auch die Fabrikindustrie, das Resultat aber der geradezu unerhöht hohen Schutzzölle ist ein völlig klägliches. Die Einfuhr steigt von Jahr zu Jahr.

Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten ist im letzten Jahrzehnt um 61 Proz., die Einfuhr von Fabrikaten gar auf mehr als das Doppelte gestiegen. Daß die russische Produktion trotz aller Begünstigungen keine solche Erfolge aufweisen kann, geht schon daraus hervor, daß sich die Zahl der Fabrikarbeiter von 1901/1905 bis 1910 von 1,87 auf 1,90 Millionen oder nur um 13 Proz., die der Kohlenbergarbeiter von 1905 bis 1909 von 120 000 auf 170 000, die Robeisenengewinnung von 1905 bis 1911 von 165,9 auf 219,1 Millionen Pud erhöht hat.

Aus diesen wenigen Zahlen geht also deutlich hervor, daß die russische Industrie nicht imstande ist, den einheimischen Bedarf zu decken, daß die Einfuhr trotz des fast prohibitiven Zolltarifes immer mehr steigt, während die russische Industrie nur geringe Fortschritte aufweist.

Die Erklärung dieser Erscheinung liegt darin, daß die russische Industrie vollständig fortentwickelt ist und daß die Kartelle sich wohl die hohen Zölle gefallen lassen, keineswegs aber daran denken, die Produktion auszubehnen. Das wurde kürzlich einwandfrei von Tugan-Baranowsky bei der Behandlung der Frage der Rohstoffgewinnung in Russland festgestellt. Ähnlich haben auch die Kohlengrubenbesitzer und die Eisenindustriellen eine künstliche Preisstreberei in dieser Richtung hervorgerufen. Im Zeitalter der Kartelle und Trusts fördern also die Zölle nicht mehr die Produktion, die kontingentiert ist, sondern treiben bloß den Kurs der Aktien in die Höhe.

Daß die Rohstoff- und Halbfabrikatzölle die Entwicklung der weiterverarbeitenden Industrie und speziell die der Maschinenindustrie aufhalten, konstatiert ein so guter Kenner der russischen Eisenindustrie wie Raffanarus (in den „Russischen Nachrichten“ vom 9. März 1912). Er beruft sich dabei auf die Erklärungen der Unternehmer selbst und beweist, daß für die weitere Entwicklung der russischen Industrie gerade die Ermäßigung der Zölle auf Fabrikate und fast völlige Abschaffung der Zölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate notwendig ist. Tugan-Baranowsky andererseits beweist, wie Deutschland gerade die Einfuhr von Rohstoffen aus Russland begünstigt, so die von unverbearbeitetem Holz, und empfiehlt eine ähnliche Politik. Dagegen treten die Industriellen für die Einfuhr von Rückvergütungen für die Exporteure ein, das heißt für die Zahlung von Exportprämien durch die Regierung. So wie heute die Dinge in Russland liegen, wo die Regierung auf die Unterstützung des Großkapitals angewiesen ist, kann man annehmen, daß die russischen Industriellen wohl ihren Willen durchsetzen und höhere Zölle und Ausfuhrprämien erhalten werden. Zwar rief kürzlich verärgert ein russischer Minister den Industriellen zu: Nun schluß mit den Regierungsliebesgaben! Lange genug hat man Euch auf Kosten des Regierungsbüchels und der Bauern gefüttert! Er mußte aber bald darauf seine Worte zurücknehmen, und man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß sich in dieser Beziehung keine Wendung vollziehen werde: sowohl die Industriellen als auch die Großgrundbesitzer werden sich vom Regierungstische aus noch wie vor mästen lassen. Nach nie hat die „selbstherrschende“ Regierung gegen den Willen der Industriellen aufkommen können und heute, wenn die revolutionäre Bewegung wiederum ihren Kopf erhebt, weniger als je. Nur der Druck anderer Länder wird die russischen Industriellen zwingen, ihren Appetit etwas zu mäßigen. Nur die Abschaffung der Agrarzölle in Deutschland wird den russischen Industriellen den Wind aus den Segeln nehmen. Ein günstiger Vertrag mit Russland ist nur auf diesem Wege abzuschließen.

Vor dem Waffenstillstand.

Vom Kriegsschauplatz liegen Nachrichten von Belang nicht vor. Die rumänische Armee setzt ihren Vormarsch fort. Mit der Türkei hat sich Bulgarien friedlich geeinigt; es zieht seine Truppen aus dem der Türkei gehörenden iragischen Gebiete.

Die Verhandlungen, die zum Abschluß des Waffenstillstandes führen sollen, sind noch im vollen Gange und geben, da sie geheim geführt werden, Anlaß zu allen möglichen Kombinationen. So wird in der „Times“ erzählt, Serbien und Griechenland verlangten erst die Abrüstung Bulgariens, ehe sie sich auf einen Waffenstillstand einlassen könnten. Die Wichtigkeit dieser und ähnlicher Sensationsmeldungen kann nicht nachgeprüft werden.

Das bulgarische Hauptquartier gibt eine sehr gewundene Darstellung der Kriegereignisse, die in erster Linie zur Beruhigung des eigenen Landes bestimmt ist.

Der rumänische Vormarsch.

Bukarest, 15. Juli. (Amtlich.) Am 13. Juli besetzte eine starke Abteilung Infanterie, Kavallerie und Artillerie um 6 Uhr morgens Turtucal. Das ganze Gebiet zwischen der alten Grenze und der Linie Turtucal—Dobritsch—Baltchik befindet sich jetzt in der Gewalt der rumänischen Truppen, die keinerlei Verluste zu verzeichnen haben.

Die Absichten Rumäniens.

London, 15. Juli. Das Reutersche Bureau erfährt von maßgebender Stelle, Rumänien habe eine der Aufgaben der Mobilisierung erfüllt, nämlich die der Besetzung der neuen strategischen Grenze und werde jetzt versuchen, Bulgarien zu veranlassen, sich mit Serbien und Griechenland zu verständigen, um eine Störung des Gleichgewichts auf dem Balkan zu verhindern. Wenn dieses Bestreben zum Ziele gelange, so werde allem Anschein nach Rumänien seine Aufgabe erfüllt haben. Man hofft, nach der endgültigen Regelung werden Rumänien und die übrigen Balkanstaaten damit beginnen, zusammenzuarbeiten in dem gemeinsamen Bestreben, die eigenen Interessen zu verteidigen. Wenn kein Einzelstaat die Vorherrschaft haben werde, so werde das wahrscheinlich den Anschluß Rumäniens an einen Balkanbund, wie er sich immer in der Zukunft gestalten möge, in sich schließen.

Eine türkisch-bulgarische Verständigung.

Sofia, 15. Juli. Die Agence Bulgare meldet, daß entsprechend dem zwischen den Regierungen der Türkei und Bulgariens getroffenen Abkommen gestern die Räumung der Gebiete jenseits der Linie Enos—Midia seitens der bulgarischen Truppen und ihre Besetzung durch die türkischen Truppen begonnen hat.

Eine bulgarische Darstellung der Kriegereignisse.

Sofia, 14. Juli. (Meldung der Agence Bulgare.) Ein Communiqué des Hauptquartiers besagt: Der ursprüngliche Plan des bulgarischen Heeres gegenüber den griechischen und serbischen Truppen zielte einerseits auf eine Befreiung der besetzten Gebiete ab, die nach der Regelung der Streitfragen Bulgarien zufallen sollten, andererseits auf eine Verteidigung des Gebiets gegen einen eventuellen Einfall Serbiens. Bei der Zusammenziehung der Truppen war der Generalstab also nur von diesen Rücksichten geleitet, ohne irgendeine aggressive Absicht.

Seit Beginn der Operationen bis heute wurde die gesamte serbische Armee durch die 7. bulgarische Division aufgehalten, die fast allein zehn Tage lang foht, mit Ehren einen ungleichen Kampf führt und ihren hartnäckigen Anstreifer auch jetzt noch in Schwach hält. Andere bulgarische Armeen unternahmen, das kann man laut sagen, keine ernstlichen Operationen außer dem Gewaltmarsch des Generals Kutinschew, der Anjatschewatich einnahm und schon Bitot bedrohte, als er aus rein politischen Gründen das Gebiet des Königreichs Serbien räumen mußte.

Gegen Griechenland operierten von Anfang an bis jetzt nur schwache Streitkräfte des Generals Iwanow, die bei der rein defensiven Bestimmung dieser schwachen und im Vergleich mit dem Totalbestande des griechischen Heeres sogar unbedeutenden Kontingente den Ansturm der Griechen mit unerhörtem Heldennut zehn Tage lang aushielten und so den serbisch-griechischen Plan zunichte machten, dessen Durchführung vielleicht für unsere vierte Armee verhängnisvoll gewesen wäre. 20 000 Bajonette hielten, von nur unbedeutender Artillerie unterstützt, das ganze griechische Heer auf, während unsere Truppen die ihnen zugewiesenen Orte besetzten. Das Heer des Generals Iwanow befindet sich, nachdem es diese schwierige Aufgabe so glänzend durchgeföhrt hat, heute in einer vortrefflichen Lage, bereit, die verzweifeltsten Anstrengungen des griechischen Heeres zu brechen.

Die Serben sind, anstatt in irgendeiner Richtung vorzurücken, im Gegenteil an mehreren Stellen zurückgewichen. Was das griechische Heer anbetrifft, so rückte es im Verlauf von zehn Tagen, die ihm genügten, in der eroberten Zone alles in Brand zu stecken und zu zerstören, nur 30 Kilometer vor. Alle Gerüchte über Niederlagen der verschiedenen bulgarischen Kontingente sind also falsch.

Eine vernünftige serbische Stimme.

Belgrad, 15. Juli. Die offiziöse „Samouprava“ betont in einem Leitartikel gewissen Blättern gegenüber, es sei nicht zweckmäßig, den Grundriß zu verteidigen, daß jeder Staat behalten müsse, was er mit Waffen erobert habe. Dieser Grundriß sei fehlerhaft und gefährlich. Serbien hätte diesen Grundriß ausnahmsweise der Türkei gegenüber verteidigen können, aber in dem Kriege mit Bulgarien, der ihm aufgewungen worden sei, verteidige Serbien den Grundriß des Gleichgewichts auf dem Balkan. Natürlich müsse Serbien nach dem Kriege und nach den neuen, unerschuldeten Opfern seine Landforderungen ändern und seine Grenzen anders schenken. Obwohl die serbische Armee siegreich sei, werde sie den Grundriß vom Gleichgewicht nicht vergessen und ihn unangefastet lassen. Dies werde ein neues Verdienst seiner Diplomatie sein.

Gegenseitige Vorwürfe.

Sofia, 15. Juli. (Meldung der Agence Bulgare.) Die Depesche des Königs Konstantin über die angeblichen Ausschreitungen bulgarischer Truppen in Demir Hisar ist in einem drohenden Ton abgefaßt, der mit der hohen Stellung ihres Verfassers unverträglich ist und von den Geföhlen zeugt, die die Griechen gegenüber den Bulgaren hegen. In dieser Depesche hat man absichtlich das Datum ausgelassen, an dem die berichteten Gewalttaten geschehen sein sollen, um eine Prüfung der Angaben und Feststellung der Wahrheit unmöglich zu machen. Indessen haben sich die Dinge auf sehr einfache Weise zugetragen. In der Nacht vom 4. auf den 5. Juli brach eine allgemeine Panik in Demir Hisar aus, bei der mehrere Personen mißhandelt wurden. Es gelang den bulgarischen Behörden, die Ordnung wieder herzustellen und die Urheber der Unruhen festzunehmen. Am Abend des 9. Juli verließen die schwachen bulgarischen Abteilungen mit den Beamten auf Befehl des Oberkommandos Demir Hisar, und alle verhafteten Personen wurden freigelassen. Während dieser Zeit waren Vandalen von Anarten in der Umgebung der Stadt erschienen. Es fanden einige blutige Zusammenstöße statt, doch wurden von den bulgarischen Soldaten keine Gewalttaten verübt. Durch ihre vollständig unberechtigten Beschuldigungen sucht die Depesche des Königs Konstantin die öffentliche Meinung Europas offenbar den verräterischen Angriff auf die bulgarische Garnison in Saloniki und die Rebeleien, Plünderungen und Ausschreitungen aller Art, die von dem griechischen Heere begangen wurden, vergessen zu machen.

Sofia, 15. Juli. (Meldung der Agence Bulgare.) Die Nachrichten aus Belgrad von Räubereien und Grausamkeiten der bulgarischen Truppen im serbischen Gebiete sind tendenziös. Die bulgarischen Truppen haben Anjatschew auf Befehl des Hauptquartiers verlassen, ohne das Eigentum der Bewohner zu berühren. Was die Photographien anbetrifft, von denen man spricht, so haben die Serben jederzeit selbst solche angefertigt. Die Opfer sind Bulgaren, die die Serben getötet haben, und die man als Serben ausgibt.

Griechische Anklagen.

Berlin, 15. Juli. Im Auftrage der griechischen Regierung teilt die griechische Gesandtschaft in Berlin folgende genaue Daten über die bulgarischen Greuel mit:

Die Verbrennung der 700 Griechen durch die Bulgaren in Klitsch geschah am 4. bis 5. dieses Monats. Die Verbrennung der Einwohner von Planika und Kaimowo durch die Bulgaren am 4. und 6. dieses Monats. Die Massakrierung der Einwohner von Rigrta und Bogdanza geschah am 6. und 7. dieses Monats durch die bulgarische Armee. Die Entführung des verwundeten griechischen Leutnants Markantonakis und das Herausbohren der Augen seiner 12 verwundeten Soldaten geschah durch die bulgarische Armee am 5. d. M. bei Sarigal. Die Ermordung der 100 Bewohner von Demir-Dissar (Bischof und zwei Priester darunter), die Schändung ihrer Frauen und die Zerstückelung von Agathe Nipuros geschah am 8. und 9. d. M. durch die bulgarische Armee unter dem Gendarmerieoffizier Meliqof. Die Entführung des Bischofs von Doiran, Fotios, und der 30 Notablen darunter Paragionis, D. und G. Tzilmakis, Ch. und Em. P. Jomas, D. und G. Tzanpnas, Monastiris, S. G. Anastasou, B. Bartsios usw.) erfolgte am 11. d. M. durch die Armee — wir befürchten, daß auch diese Leute massakriert wurden. — Die Massakrierung der 200 Notablen von Serres (Direktor der Orientbank Stamulis, Gynastaldirektor Papapawlu, die Ärzte Chrysofias und Jofas) durch die bulgarische Armee geschah am 10. und 11. d. M. Die Plünderung und Verbrennung von Dogana und Massakrierung ihrer Bewohner geschah am 14. d. M. durch die flüchtende bulgarische Armee. Die auf 70 Munitionswagen entführten Munitionswagen fielen nach der Einnahme von Drama wieder in die Hände unserer Soldaten und wurden den überlebenden Einwohnern zurückerstattet.

Die Entführung der 27 griechischen Notablen aus Cavalla (Bischof Athanasios, des Dragomans beim französischen Konsulat Velos, des griechischen Konsulatsbeamten Conditios, des Direktors der Banque d'Athènes, Dulgariades, des Direktors des Sanitätsdienstes Joannou, des Direktors der Firma Purotli, der griechischen Tabakgroßhändler Pulides, Alexopoulos, Katsos, Haristades, Terminis, Gebrüder Jekos, des Direktors der Zeitung Simen, Zulaj, des Sekretärs des Bischofs Papadopoulos, der Großkaufleute Panjis, Jorbas, Economu, Antonides, Palimedes, Terminis usw.) geschah durch die bulgarische Armee am 12. d. M. Ueber das Schicksal dieser Personen kann man leider nicht im Zweifel sein.

Wo auch die flüchtende bulgarische Armee vorüberkam, wurde alles verbrannt, ermordet, geschändet und zerstört.

Grech über den Balkankrieg und die Rolle der Großmächte.

London, 14. Juli. Beim Schluß der Sitzung des Unterhauses erwiderte Sir Edward Grech auf die Anregung eines Mitgliedes betreffend eine britische Intervention im neuen Balkankriege, eine Erwägung über den Charakter des Krieges und die Verantwortlichkeiten, von denen er begleitet sei, zeigte augenscheinlich, daß bloße Worte augenstehender Mächte nicht geeignet seien, die Lage zu beeinflussen. Grech fragte, ob er das Haus um einen Kredit ersuchen dürfe, der zur Beilegung des Balkankrieges Verwendung finden solle. Und selbst wenn dieser Kredit bewilligt werden würde, was könne man in einem Kriege zwischen Serbien und Bulgarien tun. Schon die geographische Lage der kriegführenden Länder bringe es mit sich, daß das europäische Konzert dort nicht als Ganzes vorgehen, sondern einem Teile das Mandat zur Exekutive übergeben müsse. Das europäische Konzert sei um die Beendigung des Krieges sehr besorgt, es sei aber für das Konzert außerordentlich schwierig, den Frieden mit Zwangsmahnahmen herbeizuföhren. Was in Uebereinstimmung der Mächte untereinander für den Frieden getan werden könne, werde sicherlich geschehen. Die Lage sei gegenwärtig die folgende: Bulgarien habe sich an Ausland gewandt, um die Einstellung der Feindseligkeiten zu erlangen. Griechenland und Serbien seien bereit, in die Einstellung der Feindseligkeiten zu willigen, aber unter Bedingungen, die Bulgarien annehmen müsse, bevor sie dies täten. Was das türkische Vorgehen anlangt, so sei ihm (Grech) versichert worden, daß es die Absicht der Türkei sei, nur das Gebiet jenseits der Linie Enos—Midia zu besetzen. Solange die Türkei bei dieser Absicht bleibe, sei auch ihr gegenüber keine Ausnahmemaßregel nötig. Die Grenze werde durch eine internationale Kommission festgesetzt werden, und inzwischen sei es natürlich, daß die Bulgaren auf der einen und die Türken auf der anderen Seite die Wache hielten. Er vertraue, daß die Türkei bei ihrer Absicht bleiben werde, denn ein Hin ausgehen über diese Grenzlinie würde die bestehenden Schwierigkeiten noch vermehren.

Eine andere Angelegenheit von vitaler Wichtigkeit sei es, daß die Großmächte fortgesetzt miteinander in Verberührung blieben und keine von ihnen einen Schritt unternahme, der Schwierigkeiten zwischen ihnen verursachen könnte. Das Ziel erstrebten die Mächte seit Ausbruch des Krieges und würden es dauernd weiter erstreben. Sie seien betreffend Albanien zu einer Entscheidung gekommen, und diese Entscheidung habe zur Aufrechterhaltung der Harmonie zwischen ihnen wesentlich beigetragen. Es sei natürlich wesentlich, daß nichts, was im gegenwärtigen Kriege geschehe, die bereits erreichten Entscheidungen, die einen wertvollen Aktivposten für die Harmonie zwischen den Mächten darstellten, umzuköhren geeignet sei. Sir Edward Grech schloß: Der günstigste Ausblick, den ich dem Hause bieten kann, ist der, daß der erste der jehige Krieg so erschöpfend, so schrecklich in seinem Charakter ist, daß er nicht lange dauern wird, zweitens, daß schon seine bloße Intension ihn zum Abschluß bringen wird, drittens, daß sich aus ihm hoffentlich keine Komplikation ergibt, die einer Großmacht den Zusammenhang mit der anderen raubt und dem europäischen Konzert Gefahr bringt. Die erste Sorge des europäischen Konzerts ist, sich selbst und die Harmonie zwischen seinen Teilen zu bewahren. Wenn das nicht gelingen sollte, dann wäre dies für Europa unheilvoller als alles, was sich bisher ereignet hat. Es ist jede Aussicht vorhanden, daß die Mächte fortdauernd in Verberührung miteinander bleiben werden, und daß sie, wie sie die bisherigen Komplikationen überwunden haben, so auch durch Bewahrung dieser Föhlung die Komplikationen überwinden werden, die in Zukunft entstehen können. Das Haus nahm die Ausführungen Sir Edward Grechs mit lebhaftem Beifall auf und verlegte sich sodann.

London, 15. Juli. Unterhaus. In Erwiderung auf verschiedene Anfragen betreffend den Balkan erklärte Staatssekretär Grech: Die Lage ist noch immer so, wie ich sie gestern abend beschrieben habe: Bulgarien hat sich an Ausland gewandt, um die Einstellung der Feindseligkeiten zu erlangen. Griechenland und Serbien haben verlangt, daß gewisse Bedingungen von Bulgarien angenommen werden, ehe sie dem Waffenstillstand zustimmen. Ich möchte die Haltung der Großmächte dahin zusammenfassen, daß ich sage, daß es seit Beginn des Krieges im vorigen Jahre ihre Politik gewesen ist, Föhlung miteinander zu nehmen, um den Frieden im Balkan zu fördern. Wenn sie dies durch diplomatischen Einfluß erreichen konnten, sich einer gewalttätigen Intervention zu enthalten und nichts für sich selber zu beanspruchen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß das Einvernehmen zwischen den Großmächten aufrechterhalten werden kann, wenn sie die verschiedenen Punkte dieser Politik fallen lassen.

Politische Uebersicht.

Worte, keine Taten!

Die „Post“ findet zwar die schöne Rede des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, die er auf der Tagung des Deutschen Kriegerbundes in Breslau gehalten hat, höchst lobenswert, aber sie meint doch, daß Neben wenig wirksam und deshalb überflüssig sei, solange man nicht zu Taten schreite. Zu Taten nämlich gegen den inneren Feind, die Sozialdemokratie!

Dagegen ist die „Post“ wieder sehr für Redensarten, aber gegen Taten, sobald es sich um die preußische Wahlreform handelt. Aus parlamentarischen Kreisen läßt sie sich nämlich die Hoffnung ausdrücken, daß dem Landtag in seiner nächsten Tagung eine Wahlvorlage nicht zugehen möge. Der Landtag sei doch eben erst für fünf Jahre gewählt worden, so daß eine Aenderung des Wahlrechts eine „unmittelbare praktische Bedeutung gar nicht haben“ könne. Der so nahe liegende Gedanke, daß der Landtag sofort nach Schaffung einer neuen Wahlreform aufzulösen sei, liegt also jenseits des geistigen Horizonts des Scharfmacherorgans.

Die „Post“ fordert deshalb eine Zeit des „Abwartens und Studierens“, damit die Regierung erst einmal sehen könne, welche Haltung die Parteien einzunehmen für richtig hielten. Natürlich: Der Schlaumeier Octavio hofft, daß die Parteien sich auch im neuen Landtag als ebenso geschworene Feinde einer wirklichen Wahlreform beneiden werden, wie dem alten Landtag.

Taten also will die „Post“ bei der Eröffnung des neuen Landtages nicht sehen. Dagegen hat sie nichts gegen mehr oder minder schöne Redensarten. Sie meint, eine Erwähnung der Wahlrechtsreform in der Thronrede könne ja nichts schaden. Schwere die Regierung vollständig, so könne das gegen sie agitatorisch ausgenutzt werden.

Sache des entrechteten Volkes ist es, umso rüchichtsloser auf Taten zu drängen!

Befoldungsreform in Preußen?

Der Vöber einer Befoldungsreform wird abermals ausgemorsen. Die „Verl. Beamten-Korresp.“ findet an, daß die Vorarbeiten für eine Reform der preußischen Unterbeamtengehälter bereits im Gange sei. Auch der Ministerpräsident habe seine Absicht dahin ausgesprochen, die Bezüge der Unterbeamten in größerem Umfange aufzubessern. Es sei daher eine Novelle zur Beamtenbefoldungsverordnung vom 26. Mai 1909 zu erwarten, durch die wenigstens die Klassen mit einem Höchstgehalt von bisher 1700 M. „bereits vor 1917“ eine Aufbesserung erhalten sollten. Strittig sei dagegen noch, ob auch die Klassen VI bis XII schon in diese Novelle einbezogen würden.

Die Unterbeamten, deren Bezüge schon im Jahre 1909 um mindestens 100 M. höher angefaßt werden müssen, sind allzu oft verdrängt und von der Mehrheit des Dreiklassenhauses — leider auch unter Mitwirkung der bürgerlichen Linke — genarrt worden; als daß sie den neuen Versprechungen sonderlich gutgläubig gegenüberstehen sollten. Noch in der letzten Session des letzten Landtages führten ja sämtliche bürgerliche Parteien solch eine Komödie auf, die einzig von der Sozialdemokratie als dreiste Vorspiegelung von Tatsachen gekennzeichnet wurde, an deren ernsthafte Realisierung man gar nicht denke. Namentlich das Zentrum sprudelte damals in stiller Entrüstung über die sozialdemokratische Brandmarkung über; aber die Tatsachen haben der sozialdemokratischen Fraktion wieder einmal recht gegeben!

Auch die Reuverberingung, daß nun wenigstens die schließgestellten Unterbeamten endlich die längst notwendige Gehaltsaufbesserung erhalten sollten, erhält dadurch kein besseres Gesicht, daß versichert wird, die Aufbesserung würde „noch vor 1917“ erfolgen. Offenbar will sich die Regierung noch etliche Jahre Spielraum lassen, während die Kollage der Unterbeamten dringend eine sofortige Revision der Befoldungsordnung verlangt!

Kein Geld für Kulturaufgaben.

Die Erhöhung der Bezüge für die Alterspensionäre des Reiches sollen mit Beginn des neuen Etatsjahres, am 1. April 1914, eintreten. Dieser Pensionserhöhung scheinen Schwierigkeiten in den Weg gelegt zu werden. Eine Korrespondenz meldet, vorerst müsse eine gründliche Prüfung der Frage mit eingehenden Verhandlungen mit den Bundesregierungen Hand in Hand gehen. Die Angelegenheit sei zur Zeit, da eine Aufbesserung der Pensionen aus laufenden Etatsmitteln gedeckt werden soll, noch keineswegs geklärt, und anstelle einer gesetzlichen Regelung der Frage könnte auch die Vereinstellung von besonderen Mitteln zu einem Fonds in Frage kommen, aus dem je nach Bedarf Zuschüsse für bedürftige Alterspensionäre entnommen werden könnten.

Es ist das alte Lied: Für Kulturaufgaben sind keine Mittel vorhanden. Daß aber so kurz nach der Verabschiedung der großen Militärvorlage, die Milliarden verschlingt, diese Meldung auftauchen konnte, charakterisiert unsere Zeit treffend.

Luftbombardement gegen ein Panzerschiff.

Während der Kieler Flugwoche hat man auch wieder einmal das militärische Experiment versucht, von den Flugzeugen herab ein Ziel durch herabgeworfene Bomben zu treffen. Das Ziel bot das austarigierte Panzerschiff „Bayer“, das im Kieler Hafen verankert war. Die von den Flugzeugen geschleuderten Bomben mühten aus mindestens 500 Meter Höhe abgeworfen werden. Von den sieben Zivilfliegern traf kein einziger das Schiffswand; dagegen vermochte der Passagier des außer Konkurrenz mitwirkenden Offiziersfliegers Leutnant Canter mit zwei Bomben zwei Treffer zu machen. Er war, wie von sachmännischer Seite berichtet wird, eben der einzige Flieger, der einen brauchbaren Bisserrapparat verwendete. Das mit diesem Apparat erreichte Resultat sei um so beachtenswerter, als der die Bomben langierende Leutnant sich zum ersten Mal des Apparats bedient hätte.

Danach hätte der Luftmilitarismus wieder einmal einen Triumph davongetragen. Und das ist ja für unser preußisch-deutsches Flugwesen die Hauptsache. Daß durch die Militarisierung unserer Fliegerei die Entwicklung der wirklichen Flugtechnik nicht nur nicht gefördert, sondern im Gegenteil hindert gehalten wird, darüber sind sich jetzt so ziemlich alle Sachverständigen auch in der gesamten bürgerlichen Presse einig. Aber was verschlägt das. Die Entwicklung einer sicheren, auch den Verkehrs- und Kulturinteressen dienenden Flugmaschine ist ja auch lebenswichtig, wenn nur unsere heutigen Flugapparate sich zu militärischen Kundschafter- und Massenmordszwecken gebrauchen lassen!

Schnupst nach billigen Arbeitskräften.

Die „Kreuzzeitung“ bespricht in ihrer Morgenausgabe vom Dienstag in einem längeren Artikel Deutschlands landwirtschaftliche Kriegsergründung. Es wird darauf hingewiesen, daß sich im Falle eines Krieges die Verjüngung der Armee und die Verpflegung der Zurückbleibenden weit schwieriger gestalten würde als früher. Die Bevölkerung ist von 40 auf fast 70 Millionen gestiegen, die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen ist dagegen gefallen. Die Produktivität der Landwirtschaft hat sich allerdings erhöht, ganz besonders durch umfassende Anwendung von Maschinen aller Art.

Trotzdem würden sich im Falle eines Krieges Schwierigkeiten in der Beschaffung der Felder und in der Vornahme der nötigen landwirtschaftlichen Arbeiten ergeben. Auf die Einfuhr ausländischer Arbeiter mühte man im Kriegsfall verzichten, und deshalb stehe die Regierung vor der Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Landwirtschaft in diesem Falle genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Bestimmte Vorschläge macht das agrarische Blatt nicht, aber einige Gesichtspunkte will es zur Diskussion gestellt wissen. Diese Gesichtspunkte geben zunächst dahin: „Die Stadt Berlin hat in diesem Sommer wieder Tausende von erholungsbedürftigen Kindern in die Ferienkolonien geschickt. Das ist dankenswert. Die in der Großstadtluft verblühten Lungen sollen draußen freie Luft in sich saugen, den schwachen Körpern neue, bessere Nahrung zuführen. Sie spielen, turnen, ruhen. Warum läßt man sie nicht, wie die Dorfkinder, mit draußen auf den Feldern leichte Arbeit verrichten? Das gibt Appetit, stärkt den Körper, bringt die Lungen und Muskeln in dienliche Bewegung und die jungen Menschenkinder werden Achtung vor dem Verufe lernen, den die Großstadtpresse so verächtlich zu behandeln pflegt. Sie werden sich bei Arbeit und Spiel mit den Dorfkindern eins fühlen lernen, und dieses Gefühl der Anerkennung wird auch haften bleiben, auch wenn sie später wieder in der Großstadt untertauchen. Mit der Beschäftigung von Fürsorgezöglingen in der Landwirtschaft sind teilweise keine schlechten Erfahrungen gemacht worden. Vielleicht könnte man auch da noch weiter gehen und besserungsfähige ältere Personen, die in den Großstädten ruflos zu werden pflegen, draußen beschäftigen.“

Die Sorge für das Wohl des Vaterlandes wird hier vorgeführt, um die Sucht nach billigen Arbeitskräften etwas zu mäßigen. Mit den Schulkindern, die die landwirtschaftliche Arbeit als eine Art Spielerei auffassen, ist den Agrariern auf keinen Fall gebietet, sie würden die ihnen überwiesenen Schulkinder nach allen Regeln der Kunst ausbeuten. Man weiß ja, wie es in den Rübenagenden zugeht, wo die Schulkinder zur Zeit der Rübenerte oft bis zu 10 und 12 Stunden pro Tag gegen einen wahren Hungerlohn beschäftigt werden.

Der „unerzogene“ Bürgermeister.

Der neue Oberbürgermeister von Breslau, Dr. Matting, leistet sich anlässlich des gegenwärtigen Jahreshundertrummels fortgesetzt allerlei Dinge, die sich bei einem „liberalen“ Manne, der er doch sein will, höchst sonderbar ausnehmen. Bei der Eröffnung der Ausstellung hielt er eine Ansprache an den Kronprinzipalen Protektor, die in den wirklich liberalen Kreisen von Breslau verlegenes Räuspern auslöste. Es folgte die Unterdrückung des Hauptmannschen Festspiels durch den Magistrat, an der natürlich auch das Oberhaupt von Breslau nicht unschuldig ist. Gegenwärtig hält man der „Deutsche Arbeiterbund“ in Breslau seinen Abgeordnetentag ab. Da gab es am Sonntag eine förmliche Dankeagung des Oberbürgermeisters dafür, daß die „Abgesandten“ der Krieger die Güte gehabt haben, der Stadt Breslau einen Besuch abzustatten. Und weiter redete der Oberbürgermeister davon, daß unsere Armee auch als Friedensinstrument nicht zu unterschätzen sei. Nach seiner christlichen Ueberzeugung sei sie unerlässlich für die Erziehung des deutschen Volkes. Der deutsche Offizier stehe als Erzieher des Volkes nicht hinter dem deutschen Schulmeister zurück. Unsere Armee und unsere Marine seien das Bollwerk des Friedens nach innen und außen, unter dessen Schutz sich die Entwicklung habe vollziehen können, die den Wohlstand des Deutschen Reiches festgesetzt habe. Auf die Ablegung des Bekenntnisses lege er, Redner, besonderen Wert, als Mann aus dem Bürgerstande, der nie des Königs Rod habe tragen dürfen.

Schade, sehr schade, daß gerade dieser Mann aus dem Bürgerstande nie „des Königs Rod“ tragen durfte. Es wäre ihm sogar zu gönnen gewesen, den Rod des „Gemeinen“ zu tragen, vielleicht hätte ihm dann sein Unteroffizier sogar das Rückgrat etwas gestrafft. So muß der Mann nun „unerzogen“ herumlaufen, denn auch die besten Lehrer können eben den Offizier und den Unteroffizier nicht ganz erziehen.

Ein Aufruhrprozess.

Am 17. Juli findet vor dem Landgericht in Kurich die Verhandlung gegen die Wilhelmshavener „Aufreißer“ statt. Dort war es anlässlich der diesjährigen Kaiserfeier zu einer Polizeiaffäre auf wehrlose Arbeiter gekommen, deren gerichtliches Nachspiel nun die Strafkammerverhandlung darstellen wird. Am Vormittag des ersten Mai strömten, nach einer eindrucksvollen Predigt des Genossen Binnig aus Hamburg, die marifernen Arbeiter Märschungen Wilhelmshavens aus dem Versammlungsort, um in losen Gruppen nach einem eine halbe Stunde entfernten Biergarten zu gehen. Schon nach zwei Minuten jedoch trafen sie auf eine Schutzmannschaft, die den Passanten den Weg abschneidete. Schnell stauten sich nun die Massen an, und als die Straße auf den Befehl des Polizeikommissars nicht schnell genug geräumt wurde, ließ dieser mit der blanken Klinge einhauen.

Sechs Schwerverletzte waren der Erfolg der polizeilichen Schneidigkeit. Vier von diesen sollen sich nun wegen Aufruhr verantworten, obwohl keinem von ihnen eine Tätllichkeit nachgewiesen ist. Ihr ganzes Verbrechen war, daß sie in der Menge drangvoll eingestürzt waren und auf die Aufforderung daher nicht schnell genug den Platz räumen konnten. Zu dem Prozeß ist von beiden Seiten ein umfangreicher Zeugenapparat aufgebaut worden.

Marokko.

Die spanischen Kulturträger.

Madrid, 15. Juli. Amlich wird aus Elksar gemeldet: Zwei Kolonnen aus dieser Stadt zerrauten auf dem Gebiete von Miseric zwei große feindliche Ansammlungen. Diese erschienen aber von neuem und das Feuergefecht dauerte dann von 9 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags, worauf die Spanier nach Elksar zurückkehrten. Ihre Verluste betragen: 1 Korporal und 1 Soldat tot, 1 Hauptmann, 2 Unteroffiziere und 22 Soldaten verwundet. Die Marokkaner hatten zahlreiche Verluste. Acht Dörfer wurden gezündet, die Notabeln dieses Gebiets haben Forderungen erbeten.

China.

Das Parlament gegen die Regierung.

Peking, 15. Juli. Das Repräsentantenhaus nahm gestern in erster Lesung fünf Gesetzentwürfe an, wonach der Kriegsminister als stellvertretender Premierminister sowie der Finanzminister und der Marineminister in Anklagezustand zu versetzen sind. Der Grund ist in dem Falle des Krieges die Anleihe, während der Marineminister verfassungswidrig gehandelt haben soll. Ein weiterer Gesetzentwurf, der ebenfalls in erster Lesung angenommen wurde, will das ganze Kabinett in Anklagezustand versetzen. Die Vorlage über die österreichische Anleihe wurde an eine Kommission verwiesen. Wahrscheinlich wird sie nicht angenommen, aber beraten werden.

Der russische Störenfried.

Peking, 15. Juli. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Zu den inneren Unruhen in China treten nunmehr eraste Schwierigkeiten mit dem Ausland. Es herrscht eine große Aufregung sowohl unter den Chinesen als auch unter den Ausländern wegen neuer, von Rußland unerwarteter gesteilter Forderungen, die das Abkommen erschüttern sollen, das von der chinesischen Regierung angenommen, am 30. Mai dem Parlament unterbreitet, von ihm an eine besondere Kommission verwiesen wurde, alsdann die Zustimmung des Repräsentantenhauses erhielt und jetzt im Senat beraten werden soll. Gestern und heute fanden geheime Sitzungen beider Häuser statt und der stellvertretende Premierminister, dringlich aufgefordert, machte den Mitgliedern die Mitteilung, daß Rußland China eröffnet habe, es habe sich entschlossen, das vorgeschlagene Abkommen vor seiner Unterzeichnung zu annullieren. Rußland habe an Stelle dieses Abkommens vier neue Vorschläge gemacht, welche die chinesische Regierung für härter halte, als die Bestimmungen des jetzigen Abkommens. Durch diese Vorschläge werde die volle Autonomie der äußeren Mongolei anerkannt, China nur zum Suzerän erklärt und gezwungen, die russische Vermittlung anzunehmen und alle Rechte anzuerkennen, welche durch das Abkommen und das Protokoll von Urga vom November vorigen Jahres Rußland zugestanden worden sind. Ferner werden durch diese Vorschläge die Rechte der russischen Untertanen und Händler in der Mongolei festgesetzt. Alle Fragen, die sich hieraus ergeben, sollen durch spätere Verhandlungen erledigt werden. Im Parlament wurde gegen die neuen Vorschläge ein scharfer Widerspruch laut.

Kampf zwischen Süden und Norden.

Hankau, 14. Juli. Bei Kiuliang ist eine Schlacht zwischen nordchinesischen Truppen und den Truppen von Kiangsi im Gange. Die Nordarmee rüstet sich zur Belagerung der Stadt. Die Konsuln von Hankau haben beschlossen, an die Familien der Ausländer nach Kiuliang Lebensmittel abzugeben.

Diese Feindseligkeiten in Kiangsi, wo der abgesetzte Gouverneur der Provinz Li-Sie-Tschun und der General Kwang-Hing an der Spitze der Rebellen die Kiangsi-Truppen Juansichais, die der Regierung Respekt verschaffen sollten, zu vertreiben suchten, ferner die Sprengung eines Magazins in Kaitung und andere Versuche, der Regierung Schwierigkeiten zu machen, werden als Anzeichen betrachtet, daß die Jung-China-Partei entschlossen sei, eine Entscheidung herbeizuführen. Juansichai sendet Verstärkungen in das Jiangsi-Tal.

Historisches zum Massenstreikproblem.

Gleich nach der Beendigung der preussischen Landtagswahlen begann das Massenstreikproblem in der Presse und in Versammlungen die Parteigenossen wieder zu beschäftigen, und höchst wahrscheinlich wird diese Frage auch bei den Verhandlungen des in wenigen Wochen stattfindenden Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erörtert werden. Unter diesen Umständen dürfte ein Rückblick auf die bisherige Behandlung der bedeutungsvollen Angelegenheit angebracht sein.

Die Frage, ob es möglich und zweckmäßig sei, den politischen und wirtschaftlichen Zielen des Klassenbewußten Proletariats durch eine allgemeine, umfassende Arbeitseinstellung näher zu kommen, beschäftigt die heutige Sozialdemokratie seit einem Vierteljahrhundert, und zwar bildete das Kampfmittel vorwiegend auf internationalen Kongressen den Gegenstand der Verhandlungen. Als im August 1889 zum ersten Male nach der Auflösung der alten Internationalen wieder Arbeitervertreter aus allen Kulturländern in Paris zur Beratung ihrer gemeinsamen Interessen versammelt waren, handelte es sich bekanntlich auch darum, durch Kundgebungen für den Achtstundentag und andere Forderungen der Arbeiterklasse gleichzeitig in allen Ländern, wo organisierte Arbeiter vorhanden sind, am 1. Mai ein Fest der internationalen Solidarität zu feiern. Bei den Erörterungen hierüber war es der Delegierte Treffaud-Marseille, der den Antrag stellte, der Kongress solle als Anfang der sozialen Revolution den Generallstreik beschließen, da anders die geplante Manifestation wirkungslos bleiben werde. Der Antrag wurde mit sehr großer Majorität verworfen.

Als dann 1891 ein internationaler Kongress tagte, beantragte der Holländer Domela Nieuwenhuis, daß die Sozialisten aller Länder eine Kriegserklärung mit einem Aufruf an das Volk zur allgemeinen Arbeitseinstellung beantworten sollten. Auch dieser Antrag wurde aus Gründen, die hier nicht dargelegt zu werden brauchen, abgelehnt. Abermals zwei Jahre darauf beauftragte der Internationale Kongress zu Zürich 1893 eine Kommission mit der Erörterung des Generallstreiks. Die Kommission schlug eine Resolution vor, die aber nicht weiter zur Förderung kam. Es wurde in dieser Kundgebung der allgemeine Weltstreik seiner Undurchführbarkeit wegen verworfen; jedoch findet sich in den Dokumenten die Darlegung, daß Massenstreiks unter Umständen eine höchst wirksame Waffe nicht bloß im ökonomischen, sondern auch im politischen Kampfe sein können, eine Waffe jedoch, deren wirksame Anwendung eine tüchtige gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse voraussetzt. „Der Kongress“, so heißt es am Schluß dieser Resolution, „empfiehlt daher den sozialistischen Parteien aller Länder, diese Organisation mit aller Energie zu fördern und geht über die Frage des Weltstreiks zur Tagesordnung über“.

Der Internationale Kongress in London 1896 entschied ebenso nach einem von Wolfenduhf über die Wirtschaftslage der Arbeiterklasse gehaltenen Referat dahin, daß die Möglichkeit für einen internationalen Generallstreik nicht gegeben sei, daß aber das nächste Erfordernis die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen sein müsse, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung des Streiks auf ganze Industrien oder Länder abhängt. Der Internationale Kongress zu Paris 1900 bestätigte dann mit 27 gegen 7 Stimmen den Londoner Beschluß, und eine vom Internationalen Kongress zu Amsterdam 1904 gefasste Resolution lautet:

„In Erwägung, daß die notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und die freiwillige Disziplin der Arbeiterklasse ist, hält der Kongress den absoluten Generallstreik in dem Sinne, daß alle Arbeit niedergelegt wird, für unannehmbar, weil er jede Erziehung, also auch die des Proletariats, unmöglich macht. In weiterer Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer derartigen plötzlichen Kraftanstrengung sein kann, daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sich über einzelne für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine große Anzahl Betriebe ausdehnt, ein äußerliches Mittel sein kann, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlüssen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen, wagt der Kongress die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generallstreik, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen,

nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen, und fordert sie auf, ihre Einheit und Machtstellung im Klassenkampf durch die Entwicklung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziel sich einst als unnötig erweisen, sein Gelingen davon abhängen wird.“

Englischen hatte die bedeutungsvolle Frage auch die Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu beschäftigen begonnen. In Dresden beantragte 1903 der später zum Anarchozialismus übergegangene Delegierte Dr. Friedeberg, daß dem Parteivorstand empfohlen werden möge, die Frage des Generallstreiks auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen und einen Antrag auf Erörterung des politischen Streiks vertrat 1904 auf dem Parteitag zu Bremen der Spandauer Delegierte Karl Liebknecht. Während der von Friedeberg gestellte Antrag gegen wenige Stimmen verworfen worden war, überwies der Parteitag den von Spandau gestellten Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung.

Mit besonderer Lebhaftigkeit beschäftigte dann im Jahre 1905 die Frage des Massenstreiks die organisierte Arbeiterschaft. Zu Köln a. Rh. tagte im Monat Mai der fünfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Hier fand eine vom Th. Bömelburg gestellte Resolution Annahme, auf die dann vier Monate später der zu Jena abgehaltene sozialdemokratische Parteitag zurückkam. Die Resolution erklärte es für eine Pflicht der Gewerkschaften, die Verbesserungen aller Gesetze, auf denen ihre Existenz beruhe, zu fördern und alle Versuche, die bestehenden Volksrechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Auch die Taktik für etwa notwendige Kämpfe solcher Art habe sich genau so wie jede andere Taktik, nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten; der Kongress halte daher auch alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich und empfehle der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen entgegenzutreten.

Auf dem Parteitag zu Jena hielt dann Weber das Referat über den politischen Massenstreik und die Sozialdemokratie. Seine Ausführungen gipfelten in dem Ausspruch, daß er nämlich die Arbeiterklasse sei, die ihren Bedrängern nicht die Spitze zu bieten wage. Auch unter den zahlreichen Diskussionsreden erregte besonders der Hinweis des Gewerkschaftsführers v. Elm Kuffchen, daß der Moment kommen könne, wo die Arbeiterschaft mit Gut und Blut für ihre Rechte einzutreten müsse, und daß es ihre Aufgabe sei, sich auf diese Möglichkeit vorzubereiten. Mit 287 gegen 14 Stimmen nahm der Parteitag eine Resolution an, wonach es für eine Pflicht der gesamten Arbeiterklasse erklärt wird, namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden. Für eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen von der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, erklärte gegebenen Falles der Parteitag die umfassende Anwendung der Massenarbeitseinstellung.

Es kam dann ein Jahr der Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaft, die auf dem Parteitag zu Mannheim 1906 ihren Abschluß fanden. Mit 388 gegen 5 Stimmen fand hier folgende Resolution Annahme:

„Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagbeschlüssen zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht in Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt. Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Beachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmittglieder zur Parteiorganisation fordern. Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.“

Eine zweite Resolution wies auf die Bedeutung der Gewerkschaften hin und betonte weiter die Notwendigkeit, die gewerkschaftliche Bewegung mit dem Geiste der Sozialdemokratie zu erfüllen.

Letzte Nachrichten.

Ablehnung der Homerulebill im englischen Oberhaus.

London, 15. Juli. (B. T. V.) Das Oberhaus hat in seiner heutigen Sitzung die zweite Lesung der Homerulebill mit 303 gegen 64 Stimmen abgelehnt, und den Antrag des Lord Lansdownes, die Bill zuvor dem Urteil der Wählerschaft zu unterbreiten, angenommen.

Feststellung der Forderungen an Bulgarien.

Belgrad, 15. Juli. (B. T. V.) Ministerpräsident Paschitsch hat sich 2 Uhr nachmittags mittels Sonderzuges nach Risch begeben, wofür er mit dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos und dem montenegrinischen Ministerpräsidenten Wukotitsch zusammentreffen wird. Wie verlautet, werden in der Konferenz die Forderungen festgesetzt werden, welche die Verbündeten an Bulgarien stellen werden.

Gegenseitige Räubereien der neuen Kreuzfahrer.

Sofia, 15. Juli. (Melbung der Agence Bulgare.) Nachdem eine serbische Kolonne, die bis auf 20 Kilometer in das Innere Bulgariens eingedrungen und in die kleine Stadt Woslograd eingezogen war, die sie mit sämtlichen umliegenden Dörfern plünderzte, zurückgeschlagen worden war, wurde am 12. Juli festgestellt, daß der Befehlshaber des 2. serbischen Bataillons, Dragoslav Arseniewitsch, vier bulgarische Offiziere, einen Unteroffizier und einen Soldaten, die die Serben in Woslograd gefangen hatten, erschossen ließ. Einen Tag vorher waren 10 bulgarische Soldaten unter den Augen der Bevölkerung Woslograds, die voller Schrecken in das Innere geflohen war, niedergemacht worden. Im Augenblick der Einnahme des Dorfes Uzem durch die Bulgaren fand man in den serbischen Schanzgräben die Leichen von drei bulgarischen Mädchen von 13 bis 15 Jahren verstimmt vor.

Die Pariser Arbeitsbörse gegen den allgemeinen Ausstand.

Paris, 15. Juli. (B. T. V.) Die Vollversammlung der Vertreter der Arbeitsbörse und der dem Allgemeinen Arbeitsverband angehörenden Gewerkschaften nahm einen Beschlusshontrant an, in welchem es unter entschieden Fortsetzung des Kampfes gegen die Reaktion aufgeföhrt wird, lehnte jedoch einen Antrag, am 24. September dieses Jahres einen allgemeinen Ausstand anzuberaumen, wenn die Jahresklasse 1910 zurückgehalten wird, mit großer Mehrheit ab.

Zum Streik der Werftarbeiter.

Hlensburg, 15. Juli. (B. T. V.) Wegen nicht bewilligter Lohnforderungen sind auf der Hlensburger Schiffbauwerft 300 Arbeiter in den Ausstand getreten.

Theater.

Wittwoch, den 16. Juli 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Hummelmädchen.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Schauspielhaus. Der Dieb.
Kroll-Oper. Tannhäuser.
Urania. In den Dolomiten.
Schiller O. Der Troubadour.
Berliner. Filmzauber.
Thalia. Versehen.
Metropol. Die Aino-Königin.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Dresdener Viktoria-Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Komödienhaus. Hochherrschaffliche Wohnungen.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Das Farmermädchen.
Lustspielhaus. Der lustige Kalaba.
Hofe. Tagebuch einer Verlorenen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Schiffsbrüder.
Theater am Nollendorfsplatz. Der Mann mit der grünen Wäsche.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Götterlied: Hüt in St. Moritz.
Eierwarte. Invalidenstr. 57-62.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis

Großes Sommerfest

am Sonntag, den 20. Juli, in den Lokalen:
Ludwigs Viktoriagarten, Treptow, Am Treptower Park 25/26
Mentes Volksgarten, (Inh. Schröter), Lichtenberg, Röderstr. 28/29
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain
Café Bellevue, (Inh. G. Tempel), Hammelsburg, Hauptstraße.

KONZERT
unter Mitwirkung von Vereinen des „Deutschen Arbeiter-Sängerbundes“
Spezialitäten × Athletische und turnerische Aufführungen
Reigenschwimmen des Schwimmvereins „Welle“ × × ×
Unterhaltungen jeder Art — für jung u. alt Kaffeekochen
Preis Kegelschieben und **Tanz**
Eröffnung 2 Uhr 215/10* Billett 20 Pfennig

Jedes Kind erhält am Eingang in allen Lokalen einen Bon — Stocklaternen und Schaukel oder Karussell — gratis.

Schiller-Theater O.
Wollner-Theater.
(Sachse-Oper.)
Heute abends 8 Uhr:

Der Troubadour.
Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der Dieb.
Kroll-Oper
8 Uhr:

Tannhäuser.
(Gastspiel: Frieda Langendorf.)
Donnerstag:
Die Meistersinger.

Theater am Nollendorfsplatz
Täglich 8 1/2 Uhr:
— Kino — — Varieté —
im
„Mann mit der grünen Wäsche.“

POSE-THEATER
Kleine Frankfurter Str. 132.
Tagebuch einer Verlorenen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Auf der Opernbühne:
Achtung! Es geht los!
Anfang 4 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Aino-Königin.
Operette in 3 Akten von Paul Freund und G. Monfomski.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gef. v. Dir. Rich. Schulz.

Passage-Panoptikum
Der persische Augenfakir
in seinen sanft.
Derwisch-Manteln
(hebt u. a. mit den Augen schwere Gewichte).
3 Schwestern Liliput,
die kleinste Schwester der Welt.
Alles lebend!
Ohne Extra-Entree!

Reiseführer,
Wanderkarten und
Bücher,
Kursbücher
hält stets am Lager
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletot
nach Mass, schnell, dauerhaft
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade 8, II. (Städt. Bäre.)

Wochenrate 2 Mk.
Herren-Anzüge
für Gesellschaft, Straße und
Sport, sowie Jünglings- und
Knaben-Kleidung. — Neueste
Lager — Alles in bester Kon-
fektion. — Strick für Hoch-
Goldstein, Yorkstr. 51,
an der Bülowstraße.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark,
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 und Bollerstr. 20/25.
Mittwoch, den 16. Juli:
9. Sonder-Vorstellung.
Mathilde.

Schauspiel in 4 Akten von Benedy.
Darauf: Debut der vollständig neuen
Spezialitätentruppe. Anfang 4 Uhr.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Heute Mittwoch, 16. Juli, abds. 8 1/2 Uhr
Volks-Sinfonie-Konzert
des **Blühner-Orchesters**
Dirigent: **Guido v. Fuchs.**
Sol.: **Gottfried Zeslander (Cello).**
Karten à 30 Pf. in den bekannten
Vorverkaufsstellen und abends an
der Kasse.

Voigt-Theater
Badstraße 38.
Heute: **Elitetag.**
Gewonnene Herzen.
Vollständ. mit Gesang und Tanz
in 3 Akten von G. Müller.
Sollständig neue Spezialitäten.
Stofföffn. 10 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

Tahberts „Waldschlößchen“
Berlin - Ober-Schöneeweide.
Wieder auf der Höhe!
Jeden Sonntag:
Großes Doppel-Frei-Konzert
Im Saale: **Großer Ball.**
Jeden Dienstag: **Freitanz.**
Jeden Donnerstag:
Gr. Kinder-Freudenfest
und **Konzert.**
Wozu ergeht einladet
Robert Schulz.

Admiralspalast
Einz. Eispalast der Welt
mit prunkvollen Eisballetten.
Angenehm kühler Aufenthalt.
Abendlich
Flirt in St. Moritz.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Berliner Prater-Theater
7-9 Kasanien-Allee 7-9.
Heute: **Großes Kinderfreudenfest.**
Tausend und eine Nacht.
Mädchen in 3 Akten von G. Schulz.
Musik von Kersten.
Erstklass. Spezialitäten, Konzert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 35 Pf.

Reichshallen-Theater
Erstes Gastspiel
der berühmten
Dresdener
Viktoria-
Sänger.
Anfang 8 Uhr.

Berliner
Humor-Quartett
W. Wulky Odarberger Str. 36

Rosenthal I. (Wilhelmsruh).
Sonntag und Montag, den 20. u. 21. Juli:
Großes Erntefest
nach ländlicher Sitte.
Es laden ganz ergebenst ein die Gastwirte
W. Schneider, O. Deutschmann, G. Milbrodt, G. Graude.

Brauerei Friedrichshain
Am Königsdor. Col: Ernst Liebing.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-frei-Vorstellung
der **Norddeutschen und Apollo-Sänger**
bei freiem Entrée.
Freitags: **Frei-Konzert.**

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Heute Mittwoch, den 16. Juli:
Großes Kinder-Erntefest
verbunden mit **Ernte-Umzug, Puppen-Theater,**
Bonbonregen, Fackelaug und Verlosung.
1. Hauptgewinn für Knaben **1 goldene Uhr.**
und Mädchen je **Entree 15 Pf.**
Voranzeige! Morgen Donnerstag:
Elitetag mit großem Brillant-Feuerwerk

Persil

das selbsttätige
Waschmittel
Kaffeeflecken
auch solche von Kakao, Tee, Obst, Blut, Tinte
etc. herrührend, beseitigt spielend einmaliges
Waschen in Persil.
Denkbar gründlichste Reinigung
bei größter Schonung des Stoffes und garanti-
erter Unschädlichkeit.
Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Auch Fabrikanlen der beliebtesten
Henkel's Bleich-Soda

6X
SECHSMAL
schneller als jedes
andere Mundwasser
vernichtet das
Pefferminz-
Lysoform
die **Bazillen** in
Mund und Rachen
Fl. M. 1,— und M. 2,—.

Ziehung unwiderruflich
am 23. Juli 1913 **in Kiel**
Schleswig-
Holsteinsche **Lotterie**
Pferde-
3261 Gewinne im Gesamtwert von Mark
80000
2000 4 Pferde und 4 Equipagen Mark —
63500
2216 vollwertige Silbergewinne Mark —
16500
1. Hauptgewinn: ein eleganter Vierspanner Mark —
10000
11 Lose 10 Mk.
Lose 1 Mk. aus verschiedenen Tausenden
Porto und Liste 30 Pf. extra empfohlen und versendet
General-
Debit **Gust. Pfordte, Essen-Ruhr.**
sowie in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.
Schleswig-Holst. Lose à 1 M., 11 Lose 10 M.
Porto und Liste 30 Pf. extra empfohlen und versendet ebenfalls
H. C. Kröger, Berlin W 8, Friedrichstr. 193a
Telegr.-Adr. Goldquelle Berlin.

Garbáty
Cigaretten
Qualität

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)
Ansichtskarten
vom
Riesengebirge, Harz,
Sächsische Schweiz,
Dresden, Berlin
in reicher Auswahl.
Stück 5 Pf.
Die Sommerhitze
ist gefährlich für die Säuglinge.
Daher sollte jede Mutter lesen:
Das erste Lebensjahr
Wie ernähren und pflegen
wir den Säugling?
Von **Dr. med. R. Silberstein.**
(Chef d. der Arbeiter-Gesundheits-
Bibliothek.)
— Preis 20 Pfennig. —
zu beziehen durch
Buchhandlung Vorwärts,
Lindenstraße 69,
sowie durch alle Vorwärts-Ausgabe-
stellen. 24/12*

Gewerkschaftliches.

Der Werftarbeiterstreik.

Die letzten Ereignisse in der Werftarbeiterbewegung in Hamburg lassen befürchten, daß die Bewegung aus dem Stadium des Verhandeln vielleicht schon zu früh in das des offenen Kampfes getrieben wird.

Auch in Flensburg sind am Dienstag die Werftarbeiter ausständig geworden.

Die Zentralvorstände der in Betracht kommenden Gewerkschaften wurden sofort telegraphisch nach Hamburg berufen, um zu der neuen Sachlage Stellung zu nehmen.

Schon bei den letzten Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Organisationen zeigte sich, daß bei den Unternehmern anscheinend wenig Neigung für eine friedliche Erledigung vorhanden ist.

1. Die Einstellungsgehälter werden um 2 Pf. erhöht in denjenigen Betrieben, in denen seit Oktober 1910 eine Erhöhung nicht vorgenommen ist.

Die Lohnzahlung soll, soweit es noch nicht geschehen ist, wieder auf den Sonnabend verlegt werden.

Wegen aller übrigen Forderungen soll es bei den im Jahre 1910 getroffenen Vereinbarungen bleiben.

Die Lohnzahlung soll, soweit es noch nicht geschehen ist, wieder auf den Sonnabend verlegt werden.

Diese Zugeständnisse wurden als das äußerste bezeichnet, was die Werften bewilligen könnten.

Die Arbeiter können in der Erklärung der Unternehmer keine befriedigenden Zugeständnisse erkennen, die geeignet sind, den Frieden auf den Werften zu sichern.

Auf erbetenen schriftlichen Bescheid teilten die Unternehmer mit, daß die gemachten Zugeständnisse das äußerste enthalten, was die Werften gewähren könnten.

Damit waren die Verhandlungen auf dem toten Punkt angelangt. Eine wesentliche Milderung in der Stellungnahme der Unternehmer ist eingetreten.

Darauf hinzuweisen, daß die Zugeständnisse nur unter zwei eine Bedeutung haben; die die Einstellungsgehälter betreffenden enthalten eigentlich kein Zugeständnis, denn für die große Mehrzahl der Werftarbeiter sind nach 1910 die Einstellungsgehälter von neuem vereinbart; aber auch auf den wenigen Werften, wo darüber keine Vereinbarung getroffen ist, werden schon längst bei der Einstellung neuer Arbeiter höhere Sätze gezahlt, als 1910 vereinbart worden sind.

Daraus erhellt schon zur Genüge, wie die Zugeständnisse der Werften zu bewerten sind, ganz zu schweigen davon, daß alle anderen Arbeitsbedingungen von einer Neuregelung ausgeschlossen bleiben sollen.

Zu dieser Sachlage haben dann die Zentralvorstände der beteiligten Gewerkschaften unter Hinzuziehung der Verhandlungskommission der Arbeiter Stellung genommen.

Die beteiligten Organisationen hatten am Sonntag, den 13. Juli, wieder eine Werftarbeiterkonferenz nach Hamburg einberufen, die zu dem Stand der Bewegung Stellung nehmen sollte.

Den Unternehmern scheint aber an einer friedlichen Entwicklung der Dinge nichts zu liegen. Während die Verhandlungen noch schweben, gingen sie in der aufreizendsten Weise mit Entlassungen vor und erbitterten die Arbeiterschaft derart, daß dieselbe gegen den Willen der Organisationsleitungen zur Arbeitsniederlegung griff.

Berlin und Umgegend.

Die Asphaltarbeiter in Königsberg i. Pr. sind wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten. Es wird berichtet, von Berlin Kollegen nach dort zu holen.

Achtung! Betonabbrüche. Die Sperre über den Van Reuenburger Str. 8, Unternehmern Berliner Eisenbeton, Wand- und Deckenbau-G. m. b. H., Inhaber Richard Fischer u. Krüger, ist aufgehoben, da Verhandlungen stattgefunden, welche zu einer Einigung führten.

Deutsches Reich.

Streikbrecher-Vandalismus.

Sechzig Dinge-Gardisten aus Darmen, die während des Streiks der Gestellbauer in Breslau als Hausknecht fungierten, stahlen am Tage vor ihrer Verhörung den Arbeitern eines benachbarten Playes Blumen, Gurte und Handtücher, schleuderten das

Inventar des unbeteiligten Unternehmers, das sie nicht mitnehmen konnten, waschen, korb- und bergleichen, auf den Hof herum und zum Teil auf das Dach eines Gebäudes, zwischen die Sicherung eines Güterwagens und verübten ähnlichen Unfug, durch den sie ihren Ruf als nützliche Elemente und ihre besondere staatliche Schutzbedürftigkeit dokumentierten.

Zur Textilarbeiterausperrung in Vocholt.

Als seinerzeit die Ruhrbergleute streikten, konnten die christlichen Gewerkschaftsführer sich nicht genug über die Unfähigkeit der Führer des freien Bergarbeiterverbandes aufhalten, weil diese angeblich entgegen jeder gewerkschaftlichen Praxis einen Streik zuließen bei einer den statutarischen Erfordernissen nicht entsprechenden Mitgliederzahl der Organisation.

Trotz dieser geringen Mitgliederzahl leitete der christliche Textilarbeiterverband die sich über ganz Vocholt erstreckende Bewegung ein, ließ den Streik beschließen und nahm die Ausperrung auf.

Auf Grund eines Beschlusses der Fabrikantenvereinigung kündigen wir hiermit allen in unseren Betrieben beschäftigten Arbeitern zum 21. Juni 1913. Diese Kündigung wird zurückgezogen, falls von den Arbeitern der Firma Cohnmann, Cohn u. Co. heute nicht gekündigt oder die Kündigung bei dieser Firma von den Arbeitern rückgängig gemacht wird.

Die Ausperrung wurde perfekt. Am 5. Juli wurden die letzten Arbeiter auf die Straße gesetzt. Die Betriebe sind geschlossen. Bemerkenswert ist, daß die Unternehmer die Christen mit ihren eigenen Waffen schlagen, indem sie in öffentlichen Erklärungen sagen: Ihr habt ja im Krefelder Streik selbst ausgeführt, daß in Schlesien und Sachsen die Löhne um 200 M. niedriger sind als in Rheinland-Westfalen.

Ein Vermittlungsvorschlag des Gewerkerates wurde von den Arbeiteraussschüssen mit 178 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Die wiederholten Versuche der christlichen Zeitung ergaben gleichfalls kein positives Ergebnis.

Am Freitag wurde, nach vorausgegangenem Versammlungen der Arbeiteraussschüsse, von dem Vorsitzenden der christlichen Organi-

zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens durch Unterstreichung der Minutenziffern zu kennzeichnen. Dies Verfahren ist praktisch und für aufmerksame Leser genügend.

Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens durch Unterstreichung der Minutenziffern zu kennzeichnen. Dies Verfahren ist praktisch und für aufmerksame Leser genügend.

Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens durch Unterstreichung der Minutenziffern zu kennzeichnen. Dies Verfahren ist praktisch und für aufmerksame Leser genügend.

Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens durch Unterstreichung der Minutenziffern zu kennzeichnen. Dies Verfahren ist praktisch und für aufmerksame Leser genügend.

Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens durch Unterstreichung der Minutenziffern zu kennzeichnen. Dies Verfahren ist praktisch und für aufmerksame Leser genügend.

Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens durch Unterstreichung der Minutenziffern zu kennzeichnen. Dies Verfahren ist praktisch und für aufmerksame Leser genügend.

Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens durch Unterstreichung der Minutenziffern zu kennzeichnen. Dies Verfahren ist praktisch und für aufmerksame Leser genügend.

Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens durch Unterstreichung der Minutenziffern zu kennzeichnen. Dies Verfahren ist praktisch und für aufmerksame Leser genügend.

Kleines feuilleton.

Schauspiel oder Kino? Diese Frage wurde auf experimentellem Wege Schülern vorgelegt, und sie entschieden sich — für das wirkliche Schauspiel. Der Lehrerverein Hannover-Linden führte, wie ein hannoverscher Lehrer der „Köln. Jg.“ berichtet, Laufende von Volksschülern sowohl ins Schauspielhaus wie ins Kino.

Die Handlung der Stücke war, soweit dies zum Verständnis der Aufführung notwendig erschien, in den Klassen vorher erklärt, Teil eingehend gelesen worden. Zur Vorbereitung der Oper hatten die Gesangslehrer in den Gesangstunden die wichtigsten Melodien vorgespielt und deren ernsten oder heiteren Charakter aus dem Verlauf des Stücks und der Stellung der handelnden Personen verständlich gemacht.

Im königlichen Schauspielhaus sah man in jeder Vorstellung ein atemlos gespanntes Kinderpublikum, das bald still und ergriffen war, bald laut lachte und jubelte und mit dem Fortschritt der Handlung jedesmal Ort und Zeit vergaß, kein Schauspiel mehr sah, sondern das Spiel für Wirklichkeit nahm.

Ganz anders im Kino. Von herabgehender Erwartung oder gar Fieberschicht war wenig zu spüren. Hier waren sie schon öfter, von den Leistungen des Kinos konnten sie sich vorher ein Bild machen, taten es wohl auch und deshalb — eine andere Erklärung gibt es wohl nicht — ging schon der Kartenverkauf trotz des wesentlichen geringeren Preises (10 Pf.) langsame vor sich.

Man kann nicht sagen, daß die hannoversche Großstadtsjugend sich um die Kinobilletts gerissen hätte. Als die Schüler aufgefordert wurden, die Gesamtbeiträge der Einzelstücke, die sie bei ihren gelegentlichen oder regelmäßigen Besuchen in den verschiedenen Kinos empfangen hatten, mit denen im Schauspielhaus zu vergleichen, da erklärten die besagten Jungen und Mädchen: „Das Kino ist überhaupt kein Theater! Da ist viel Schöneres zu sehen, aber ein Theater, nein, ein Theater ist es nicht!“

Der Lehrer knipst daran die Bemerkungen: Das ist doch ein Ergebnis, das zu denken gibt. Sollte uns das Kino überumpelt haben? Millionen unserer Volksgenossen war das wirkliche Theater unbekannt, und so mußte das Kino ihr Theater werden. Das Kino kam und regte, weil ihm hier keine am Genuß des wirklich Schönen erstarbten Hemmungsgeföhle entgegenwirkten. Es genügt nicht, daß wir dem Volke etwas von den Werken unserer großen Dichter und Künstler vortragen, es muß sie hören, sehen, fühlen, miterleben! Das kann wirklich nur im Schauspiel und in der Oper geschehen.

Die Stadt Hannover will diese Experimente fortsetzen lassen. Gut! Aber muß wirklich erst noch bewiesen werden, daß die Schu-

lucht nach wahrer Kunst überall vorhanden ist? Daß es unantwortlich vom Staat und der Kommune ist, daß sie so gut wie nichts tun, um dem Volke die Kunst zugänglich zu machen? Man sehe sich z. B. die Igl. Theater in Berlin an. Was leisten die für die Masse? Nein gar nichts. Das Kinospital kann nur so lange auf die großen Intimité spekulieren, als die Gesellschaft ihre Kunstpflichten nicht erfüllt — gegenüber den Schülern wie den Erwachsenen.

Eine Kloster-Republik. Die gegenwärtigen Kriegswirren in den Balkanländern wollen sich auch die Mönche und Einsiedler auf Athos, dem „heiligen Berge“ zu Nutzen machen. Ihr Verlangen geht nach einer unabhängigen Republik. Ob sie dies Ziel erreichen werden, dürfte jedoch, vorläufig wenigstens, fraglich bleiben.

Da 17 Klöster den Griechen gehören, sollte man meinen, daß auch die Macht in deren Händen liegt. Das ist jedoch nicht der Fall; denn das eine russische Kloster Kofilon mit seinen zahlreichen Zweiganzalten dominiert; und schon aus diesem Grunde dürften die auf republikanische Selbständigkeit gerichteten Absichten der Minderheit vereitelt werden.

Die Mönche leben vollkommen vegetarisch nur unter sich; kein weibliches Wesen wird eingelassen, selbst — Säugner nicht. Früher waren die Athosklöster Sitz der Geseleksamkeit. Die heutigen Mönche sind ungebildete Ackerbauern, Viehzüchter, Jäger, Handwerker usw., aber sehr gastfreundlich.

Die vierundzwanzigstündigen Uhr. Die Astronomen haben seit langem die Stunden des Tages von 1 bis 24 durchgezählt, und das ist eigentlich auch das einzig richtige. Abgesehen davon, daß Wechselstellungen vorzukommen können, ist der Zufall von vormittags und nachmittags selbst bei abgeklärter Vegetation umständlich. Eine besondere Bedeutung hat die Angelegenheit für den Eisenbahnbetrieb. In den Kursbüchern hat sich der Versuch eingebürgert, die

Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens durch Unterstreichung der Minutenziffern zu kennzeichnen. Dies Verfahren ist praktisch und für aufmerksame Leser genügend.

Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens durch Unterstreichung der Minutenziffern zu kennzeichnen. Dies Verfahren ist praktisch und für aufmerksame Leser genügend.

tion Reichstagsabgeordneten Schiffer, dem Bauleiter des christlichen Verbandes, dem Bürgermeister ein neuer Einigungsvorschlag unterbreitet: Der Vorschlag lautet: 1. Der Streik bei der Firma Cohnmann, Cohnen u. Co. wird beendet. 2. Die allgemeine Arbeitseinstellung wird sofort aufgehoben, die Arbeit allgemein aufgenommen. 3. Maßregelungen von Arbeitern finden nicht statt. Alle Arbeiter werden wieder eingestellt. 4. Die Löhne der in den Textilbetrieben beschäftigten Arbeiter werden durchweg um 3 bis 4 Prozent erhöht. Abweichungen hiervon sollen nach dem christlichen Vorschlag statthaft sein, wenn Firma und Arbeitereinstellung das vereinbaren.

Daneben werden nach Fortfall der Gewichtsentschöpfung Bezüge der Nebenarbeiten und des Wartens auf Material, Extrabehaltung der Ueberstunden, zehnstündige Arbeitszeit usw. in dem Einigungsvorschlag verlangt.

Die Christlichen sind also mit ihren Forderungen weit zurückgegangen, nachdem sie sich schon vor der Aussperrung bis auf 10 Prozent Lohnerhöhung reduziert hatten, haben sie jetzt die Reduktion bis auf 3 Prozent vorgenommen. Die Antwort der Unternehmer steht noch aus.

Achtung, Heizungsmonateure! Der Bezirksrat für das Heizungsgewerbe in Rheinland und Westfalen wurde durch den Arbeitgeberverband für die Heizungsbauindustrie am 31. März d. J. gekündigt. Die Unternehmer legen einen abgeänderten Entwurf vor, der im Lohn- und Akkordtarif eine Verschlechterung von 20 bis 30 Prozent vorsieht. Die eingeleiteten Verhandlungen ergaben vorab das Resultat, daß der alte Tarif bis zum 15. Juli verlängert wurde. In der Sache selbst wurde aber keine Einigung erzielt, weil die Unternehmer sich sträubten, irgendeine sofortige Lohnerhöhung zu gewähren. Die Verhandlungen wurden daraufhin abgebrochen. Die Branchenverbände der Heizungsbauindustrie und Helfer, welche am 18. Juli in allen Orten des Bezirks abgehalten wurden, erklärten sich mit der Haltung der Arbeitervertreter einverstanden und beschlossen einmütig, wenn nicht in letzter Stunde noch ein Entgegenkommen der Unternehmer zu verzeichnen wäre, am Dienstag, den 15. Juli, abends die Arbeit überall einzustellen. Die Berufslosen in allen Orten werden vor Arbeitsaufnahme bei den rheinisch-westfälischen Firmen der Heizungsbauindustrie gewarnt. Es darf wohl erwartet werden, daß kein Heizungsmonteur und Helfer seinen Kollegen in Rheinland und Westfalen in den Rücken fällt.

Die Dachdecker in Düsseldorf und in München-Gladbach stehen seit einigen Tagen im Streik. In beiden Orten lehnen die Unternehmer ein Verhandeln mit dem Zentralverband der Dachdecker ab. Da die Gehilfen sämtlich organisiert sind, erfolgte die Arbeitseinstellung geschlossen. Die Unternehmer München-Gladbachs inferieren in den Tageszeitungen nach 25 Dachdeckern. Es wird um strenge Fernhaltung des Zugangs gebeten.

Wieder Soldaten als Streifbrecher?

Nachdem die Unternehmer in Weg sich von der allgemeinen Tarifbewegung im Baugewerbe ausgeschlossen haben und auch auf dem Wege der friedlichen Verhandlung mit ihnen kein annehmbarer Tarifvertrag zustande gekommen ist, streifen dort seit etwa zwei Wochen die Bauarbeiter. Leider scheint es so, als ob der wirkungsvolle Streik durch eine Maßnahme der Militärverwaltung stark beeinträchtigt werden soll zugunsten der Unternehmer, so daß ein sehr heftiger Kampf zu erwarten ist. Unter den Arbeitern, die gegenwärtig durch den Streik zum Stillstand gebracht worden sind, befinden sich auch einige Kasernenbauten. Nachdem die Bauarbeiter das mehr als naide Ansinnen der Unternehmer abgelehnt haben, auf diesen Bauten die Arbeiten zu den alten Bedingungen fortzusetzen, beabsichtigt nun die Militärverwaltung, die dringendsten Arbeiten durch Soldaten fortführen zu lassen.

Eine solche Maßnahme wäre die schwerste Benachteiligung der Arbeiter in ihrem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit denen die Arbeiter Bauarbeiter hinter den Löhnen und sonstigen Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter in den übrigen Großstädten der Reichslande so wie so erheblich zurückstehen. Haben die Behörden den Unternehmern schon die Streikmaßnahmen in den Lieferungsverträgen bewilligt, was an sich als eine Parteimaßnahme im wirtschaftlichen Kampf zugunsten der Unternehmer wirken muß, so wollen sie ihnen jetzt auch noch zu Hilfe kommen und die dringendsten Arbeiten von Soldaten ausführen lassen, nachdem Streifbrecher schwerlich dafür zu bekommen sind.

Eine solche Absicht der Militärverwaltung fordert den schärfsten Protest heraus. Ihre Durchführung macht die Militärbau-

ist wahrscheinlich der höchste Preis, der für solche „Heldenlöcher“ überhaupt bezahlt worden ist. Andere Loden müssen sich zuweilen mit ganz geringen Preisen begnügen, so eine Locke Wellingtons, die für 25 Mark versteigert wurde. Eine Byronlode dagegen ist jüngst für 350 Mark verkauft worden.

Vielleicht untersucht einmal ein strebsamer Privatdozent die Zusammenhänge zwischen Lodenpreisen und anderen Barometern physikalischer Einschätzung.

Notizen.

— Gaston La Touche ist in Paris an einer Blinddarm-entzündung gestorben. Aus dem Atelier Manets hervorgegangen, war dieser Maler doch übergenug elegant im hergebrachten Sinne, um die Gunst des großen Publikums zu gewinnen. In seiner Stoffwahl und in der geistreichen Phantasie der Komposition ist er ein Fortsetzer der galanten Malerei des 18. Jahrhunderts, die er aber mit dem Raffinement moderner Farbentechnik auspolierte. Er hat seit zwei Jahrzehnten die großen Ausstellungen mit dekorativen Sachen bebildet, die die Mafolo-Mischung von Mythologie und groteskem Liebespiel mit nervöser, aber doch etwas höher Virtuosität abwandeln. Auch in seiner Behandlung moderner mondäner Stoffe zeigte er in Verwendung von Lichtwirkungen mouffierenden Witz. Die Ehren der offiziellen Bestellungen sind ihm rechtzeitig zuteil geworden.

— Theaterchronik. Der Verfasser der „Schiffbrüchigen“, Eugene Brieux, wird der 25. Aufführung seines Schauspiel, die am Mittwoch im Deutschen Theater stattfindet, beiwohnen.

— Kunstchronik. Im Kunsthallen Paul Cassirer ist eine neue Sommerausstellung eröffnet worden. Sie enthält Werke von Manet, Monet, Renoir, Cézanne, van Gogh, Bissaro, Sisley, Degas, Delacroix, Courbet, Liebermann, Thoma, Trübner, Schuch, Gdler, Leistikow u. a.

— Die Diana im alten Botanischen Garten. Im Klempnerpark ist die Diana, das von der Stadt Berlin erworbene Bronzebild des Bildhauers Prof. Konstantin Staud, aufgestellt worden. Rechts vom Eingang steht die Figur unter grünen Bäumen an einem Weiser.

— Das erste deutsche Genossenschaftstheater. Aus dem Bureau der Deutschen Bühnengenossenschaft wird uns geschrieben: Wie uns ein Privattelegramm aus Guben meldet, ist in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung der bisherige Regisseur der Schiller-Theater Berlin-Charlottenburg, Wilhelm König, zum Direktor des Stadttheaters gewählt worden. Mit Zustimmung der Gubener Stadtverwaltung wird Herr König auch das Stadttheater in Forst leiten. Beide Theater werden auf genossenschaftlicher Grundlage geführt werden; das bedeutet Einführung einer Mindestgage, volle Bezahlung der Vorproben, weitgehende Fürsorge in Krankheitsfällen, Lieferung sämtlicher Kostüme, auch der modernen, und Beteiligung der Mitglieder am Reingewinn. Künftliche Gründungen sind in Vorbereitung.

— 100000 Ausstellungsbesucher! Die Internationale Weltausstellung Leipzig war an ihrem Elftag, am Montag, von 98 104 Personen besucht.

verwaltung zum Mitverantwortlichen für eventuell sich daraus entwickelnde Konflikte.

Hebräisch: gehört eine solche Beschäftigung auch zur militärischen Ausbildung? Wenn die Verwendung der Soldaten zu solchen Arbeiten ohne Gefahr für ihre militärische Tätigkeit möglich ist, dann wird damit nur bewiesen, daß die zweijährige Dienstzeit noch zu lang ist und herabgesetzt werden kann.

Ausland.

Schlimmer als in Putumayo.

London, 12. Juli 1913. (Fig. Ver.)

Der Johannesburgur Rechtsanwalt Smith, ein Ehrenmitglied des Transvaaler Bergarbeiterverbandes, für den er in Rechtsstreitigkeiten tätig ist, hat in der Londoner Presse einen bemerkenswerten Brief veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß die Gruben des Putumayos auch in sogenannten zivilisierten Ländern möglich sind. Herr Smith, der sich zurzeit krankheitshalber in der Schweiz aufhält, hatte den Brief an die „Times“ gerichtet, die einen Artikel veröffentlicht hatten, in dem die Anzeichen der Goldgrubenbesitzer wiedergegeben wurden. Da aber der Hauptredakteur dieses Weltblattes der frühere Redakteur des Johannesburgur Scharfmacherblattes „The Star“ ist, so wurde diese Entgegnung des Rechtsanwaltes der Transvaaler Bergarbeiter einfach unterdrückt. Jetzt hat die linksliberale „Daily News“ das Schreiben abgedruckt, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Die einzigen Feiertage, zu denen ein Randbergmann im Jahre berechtigt ist, sind Weihnachten und Karfreitag. Das Feiertagsgesetz der Union, welches 12 öffentliche Feiertage im Jahre vorsieht, schließt ausdrücklich die Arbeiter in Bergwerken von diesen Bestimmungen aus. Die Regierungsstatistik über die Sterblichkeit der farbigen Bergarbeiter am Rand wurde letzten Mai dem Parlament der Union vorgelegt. Aus ihr geht hervor, daß in den zehn Jahren von 1903 bis 1912 55 276 farbige Arbeiter (52 205 Kaffern und 3 071 Chinesen) durch Straftat oder Unfall umkamen, und daß in den fünf Jahren von 1908—1912 32 103 Arbeiter aus dem Kaffernbolle von den Gruben fortgeschickt wurden, da sie zu krank zum Arbeiten waren — mit anderen Worten: man schickte sie fort, um außerhalb der Gruben zu sterben. Es wurden keine Mitteilungen gemacht über die Zahl der Kaffern, die außerhalb des Grubenbezirks an Krankheiten gestorben sind, die sie sich in den Bergwerken zugezogen hatten, aber es ist bekannt, daß ihre Zahl beträchtlich ist. Es gibt jetzt in den Gruben etwa 220 000 farbige Arbeiter. Im Jahre 1903 gab es viel weniger.

Es wurden auch keine Mitteilungen gemacht über die Sterblichkeit der weißen Bergarbeiter. Im letzten Jahre hat ein von der Unionsregierung eingeführtes Entschädigungsamt für Bergarbeiter, die sich die Schwindelucht zugezogen haben, jeden Tag von weißen Bergarbeitern zwei Reklamationen auf Schadenertrag erhalten; das macht im Jahre 4000. Es gibt ungefähr 12 000 weiße Bergarbeiter am Rand, und auf Grund der Zahl der Anmeldungen ist berechnet worden, daß sich der Arbeiter die Bergarbeiter-Schwindelucht innerhalb vier Jahre zuzieht. Es ist wesentlich, zu beobachten, daß diese Sterblichkeit unter jungen Leuten in der höchsten Blüte ihres Lebens vorkam und noch vorkommt. Die Kaffern sind ausgewählte Männer, die von den Agenten aus den verschiedenen Stämmen angeworben werden. Hat die Geschichte der Industrie schlimmere Ziffern zu verzeichnen? Sie stellen die während der Putumayopandemie enthaltenen Ziffern in den Schatten. Die höchste Entschädigungssumme, die nach dem Gesetz für den durch die Bergarbeiter-Schwindelucht herbeigeführten Tod bezahlt wird, beträgt bei Weissen 400 Pfund, bei Farbigen 10 Pfund, und dazu hat der weiße Bergmann noch Beiträge für den Entschädigungsfonds zu entrichten.“

Die Gewinnung der Jugend vom 18. bis zum 21. Jahre.

Wollen wir wissen, wie wir die Jugend vom 18. bis 21. Jahre gewinnen können, dann ist erst eine klare Beantwortung jener Frage nötig, die da heißt: warum haben wir die älteren Jugendlichen nicht? Warum ist das Jugendheim und die gesamte Jugendbewegung nicht die selbstverständliche Ueberleitung zur Partei? Warum betätigen sich die für die Partei gewonnenen Jugendlichen so wenig in derselben, lehren so viele der Partei bald wieder den Rücken? — Die richtige Beantwortung dieser notwendigen Vorklagen erfordert eine Betrachtung nach zwei Seiten, nach der Seite der Jugendbewegung und nach der Seite der Parteilebens.

Die Jugendbewegung will die Jugendlichen in kultureller wie sozialer Hinsicht heranbilden zu klassenbewußten, tüchtigen Arbeitern und Kämpfern — die Partei will mit klassenbewußten, organisierten Arbeitern die Menschheit zu den Höhen von Lebensfreude und Lebensglück bringen und sie dann auf diesen Höhen erhalten wissen.

Kann nun die Jugendbewegung allein ihre Anhänger so vorbereiten, daß sie in der Kampferwartung von jenes Ziel eintreten können? Hier müssen wir mit einem Nein! antworten. Die beste Vorbildung und der feurigste Idealismus der Jugendlichen muß zerschellen an den nun einmal gegebenen plumpen Verhältnissen der Gegenwart, die nicht von Jugendlichen gemeistert werden können, sondern von Männern der Tat, mit nüchternem, gereifter Lebensauffassung.

Hier ist der Punkt, wo die Jungen mit den Alten zusammenstoßen — wo beide Teile aneinander geraten und nur zu oft sich abstoßen. Dem jugendlichen Vorwärtstreiben, das von heute auf morgen die Welt stürzen und das Ideale aufbauen will, das sich durch die Zahlende gelangweilt, wenn nicht abgestoßen fühlt, das in den Parlamentserfolgen nicht gleich etwas in die Augen Springendes sieht und sich ärgert, wenn Resolutionen ohne Wirkung bleiben, diesem Vorwärtstreiben steht das bedrückende, nach allen Seiten abwägende und darum langsame Vorwärtstreiben der Alten entgegen, und dieses Jubel bei den einen und das vielleicht Zutrogn bei den anderen rufen Gegensätze hervor, die dem Ganzen Schaden, beide Teile mit Mißtrauen gegeneinander erfüllen und jeden Teil wieder seine eigenen Wege gehen lassen.

Daß diese schädigenden Gegensätze vorhanden sind, wird jeder Erfahrene zugeben. Wie aber lassen sich diese Gegensätze beseitigen oder doch soweit mildern, daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten entsteht? Wohl nur dadurch, daß die Jungen in die Schule der Alten gehen, aber ebenso notwendig ist, daß auch die Alten a b und zu in die Schule der Jungen gehen. Mit anderen Worten: daß eine Mittelstufe, ein Zwischenglied gebildet wird, wo die Jungen mit den Alten und die Alten mit den Jungen Tagesfragen und wichtige innere und äußere Vorgänge der Arbeiterbewegung besprechen, wo die Jungen in der Erfahrung und Reife der Alten ihren Idealismus hären, und die Alten in dem Idealismus der Jungen von neuem Kraft und Feuer sich holen können. Dieses Zwischenglied kann aber kein Teil für sich allein geben. — Jugendbewegung und Partei müssen sich die Hand reichen, es müssen von beiden Seiten her die Fähigkeiten sich regelmäßig an einem geeigneten Ort zusammenfinden, um fortgesetzt Verständigung und gegenseitige Kraft zu schöpfen.

Dieses Zwischenglied kann aber kein Loses, ohne äußeren zwingenden Zusammenhalt sein, — nein, jeder in der Jugendbewegung stehende, über 18 Jahre alte Jugendliche muß gehalten, ja verpflichtet sein, wenigstens bis zum 21. Lebensalter diesem Zwischenglied anzugehören, und dann mit dem 21. spätestens 23. Lebensalter sich als vollgültiges Mitglied dem sozialdemokratischen Wahlverein anzuschließen. Dieses Zwischenglied braucht keinen strengen Vereinscharakter zu tragen, — es braucht, wie ja auch die Jugendbewegung als Bindemittel nur das Abonnement und Lesen der Zeitung „Arbeiter-Jugend“ hat, nur ein ähnliches, vielleicht weiter ausgebautes Les- und Diskutierorgan zu haben, das alle über 18 Jahre alten

Jugendlichen zu halten und mit zu verwalten verpflichtet sind. Aber dringender notwendig ist ein derartiges Bindemittel, sonst verflüchten die Teilnehmer, gehen der Jugendbewegung wie der Partei größtenteils verloren oder bilden nur Schmarotzer, die von beiden Teilen leben und profitieren, aber nichts oder wenig für dieselben tun.

Der Gedanke an etwas Ähnliches liegt seit langem in der Luft, hat die verschiedensten Entwürfe gezeitigt, hat zu jener berühmten Resolution auf dem Parteitage in Chemnitz geführt, hat auch wiederholt derartige Bestrebungen ins Leben gerufen, die jedoch, weil der äußere Zusammenhalt fehlte, bald wieder von der Wirklichkeit verdrängt wurden. Solange aber dieser Gedanke unausgeführt bleibt — solange wird Jugendbewegung und Jugendheim auch nur halbe Arbeit zu leisten vermögen — werden Jugend- und Bildungsausschüsse sich vergeblich den Kopf zerbrechen, wie sie unsere Jugendlichen am durchgreifendsten fördern können — und wird die Partei mit vollem Recht auch weiter darüber zu klagen haben, daß ihr der erwartete reiche, arbeitsfrohe Nachwuchs aus der Jugendbewegung nicht zufließt.

Welchen Namen dieses Zwischenglied, diese Ueberleitung von Jugendbewegung zur Partei führen soll — ob Les- und Diskutierheim — Jungsozialisten oder sonstwie, das kann einstweilen noch gleichgültig bleiben, aus der Vorarbeit heraus wird sich schon der richtige Name finden lassen. Wichtig ist die baldige Schaffung desselben und dann die darin zu leistende Arbeit. Diese mühte aber eine dreifache sein: Bildung, Unterhaltung, Diskussion. Zunächst müht die Partei, Gewerkschafts- und Jugendbibliotheken zur weitgehendsten Verfügung stellen, jeder mühte verpflichtet sein, von Zeit zu Zeit aus den gewonnenen Vorträgen einen Vortrag mit anschließender Diskussion zu halten, in welchen Diskussionen auch die notwendig anzuwendenden Erwachsenen und Parteimitglieder, am besten Parteilehrer und -führer einzugreifen hätten. Manche Erfahrung auf diesem Gebiete berechtigt uns zu der Annahme, daß gerade dadurch das Wissen vertieft, die Rednergabe geschult, Unklarheiten im theoretischen und praktischen Leben beseitigt und der Eifer stets von neuem angeregt würde. Es mühten dann die Veranstaltungen und Versammlungen der Partei gemeinschaftlich besucht und naher bei eigens hierfür eingerichteten Zusammenkünften besprochen werden, ferner die reichen Schätze unserer jumeist brachliegenden Museen aufgesucht und erklärt werden, gefällige wie belehrende Wanderungen unternommen werden, und dergl. mehr. Auch für leichtere Unterhaltung, Spiel und Humor mühte geforgt sein, — und dann vor allen Dingen: durch das gegenseitige Verkehren und Sichtenlernen der Jungen und der Alten die innigste Verbindung mit der Partei aufrecht erhalten und genährt werden, so daß ein Mißfallen, Mißleben und Mißarbeiten mit der großen, organisierten Arbeiterklasse sich befähigen könnte.

Von der praktischen Kleinarbeit in der Partei läßt diesen werden den Sozialisten das Flugblattverbreiten zu, es könnte ihnen eventuell das Hausflorieren übertragen werden, und ähnliches mehr, — doch von größeren, verantwortungsvollen Arbeiten wären sie noch fernzuhalten.

Würden diese Gedanken verwirklicht werden, dann dürfen wir wohl annehmen, daß das Band zwischen Jugendlichen und Erwachsenen enger geknüpft, die stets wieder auftauchenden Gegensätze vermindert und gemildert würden, und daß die Partei wirklich allen ihren kapitalistischen, bürgerlichen und staatlichen Gegnern zum Hohn und Trost einen Nachwuchs erzielte, der das Erbe der Väter weiterführt und vollendet — einen Nachwuchs, der auch in seiner Militärzeit seinem Klassenbewußtsein treu bleibt. Das Revolutionisierende und feurige Vorwärtstreiben hat die Partei groß gemacht, hat unsere größten Führer entlassen und die Massen organisiert lassen, — kommen wir weitherzig und mit edler Selbstverleugnung unseren Jugendlichen entgegen, dann werden wir groß bleiben, — die Zukunft und der endliche Sieg wird unser sein!

A. F.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Wahl II (Bernburg-Röthen) hielt am 13. Juli in Bernburg eine Wahlkreisversammlung ab, auf der 31 Delegierte (darunter 4 Genossen) vertreten waren. Dem Jahresbericht des Kreissekretariats ist zu entnehmen, daß sich die Mitgliederzahl in den verfloffenen 9 Monaten von 4068 auf 4350 gesteigert hat. Die Zunahme beträgt somit 282. Die Mitglieder, unter denen sich 1293 weibliche befinden, verteilen sich auf 15 Ortsvereine. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 13 288,90 Mark. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter stieg von 68 auf 71. In drei Städten (Bernburg, Kienburg und Garzgerode) gibt es sozialdemokratische Stadtverordnetenverbände; ferner ist unsere Partei seit 1. Januar d. J. auch im Bernburger Kreisrat durch einen Genossen vertreten. Der Bericht konstatiert weiter eine weit schärfere Bekämpfung der Arbeiterjugendbewegung seitens der herrschenden Gewalten. Die Bewegung macht aber trotzdem ganz erfreuliche Fortschritte. — Der von der Kreisparteileitung vorgeschlagene Einführung des 10-Pf.-Wochenbeitrages für männliche und des 5-Pf.-Wochenbeitrages für weibliche Mitglieder wurde im Hinblick auf den im nächsten Jahre bevorstehenden Landtagswahlkampf einmütig zugestimmt. — Ueber den Parteitag referierte Genosse Günther, dabei auch die Frage des Massenstreiks streifend. Unter Zustimmung der Konferenz betonte Redner, daß wir gewiß alle Urkräfte hätten, nach neuen Kampfmethoden Ausschau zu halten für den Fall, daß die bisherigen Mittel erschöpft seien. Dabei sollten wir aber nicht vergessen, die Massen mit der erforderlichen Tatkraft zu erfüllen, damit sie die heute bereits gegebenen Rechte voll ausnützen. — Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Bender, begründete in seinem Referat über die politische Lage die Zustimmung der Reichstagsfraktion zur Deckungsvorlage. Die Konferenz gab einmütig zu erkennen, daß sie mit diesem Beschluß durchaus einverstanden war.

Aus dem württembergischen Parteileben.

In der württembergischen Parteioffiziellen werden zurzeit die Vorbereitungen für die Landesversammlung getroffen, die am 28. und 29. Juli in Stuttgart stattfindet. Die Anträge, die dazu vorliegen, beziehen sich hauptsächlich auf die Zusammenlegung der Landesversammlung. Nach dem geltenden Landesstatut hat jeder Ortsverein bis zu 100 Mitgliedern das Recht, einen Delegierten zu entsenden. Ortsvereine mit mehr als 100 Mitglieder entsenden für jede weitere 200 Mitglieder einen weiteren Delegierten ohne jede Beschränkung. Der Ortsverein Stuttgart war nach dieser Bestimmung auf der vorjährigen Landesversammlung durch 43 Delegierte vertreten. Seit etwa 2 Jahren wird nun von einigen größeren Ortsvereinen ein Kampf um Verlegung des Vertretungsrechtes der kleineren Ortsvereine geführt. Die vorjährige Landesversammlung lehnte alle Abänderungsanträge ab und darauf brachten die Vertreter der großen Mitgliedschaften auch den Antrag zu Fall, der den Landesvorstand beauftragte wolle, für dieses Jahr eine neue Vorlage vorzubereiten. In den letzten Wochen hat nun in den Parteiverfassungen und namentlich in der Parteipresse eine neue Diskussion eingesetzt, über eine Reihe neuer Vorschläge gemacht worden sind. In diesen Erörterungen wurde u. a. behauptet, auf der letzten Landesversammlung habe die Mehrheit der Delegierten nur eine Minderheit von Mitgliedern hinter sich gehabt. Demgegenüber erklärte der Landesvorstand in der „Schwäbischen Tagwacht“, daß bei der für die Mehrheit der Delegierten ungünstigen Berechnung hinter dieser 22 000 Mitglieder 14 700 Mitglieder für sich reklamieren könne. Trotzdem nun die letzte Landesversammlung den Antrag abgelehnt hat, den Landesvorstand mit der Vorbereitung einer Statutenänderung zu beauftragen, hatte der Landesvorstand doch auf letzten Sonntag eine Kon-

ferenz einberufen, zu der der Landesauschuss, die Vorsitzenden der Kreisvereine und die Redakteure der Parteipresse eingeladen waren. Dieser Konferenz wurde eine Uebersicht der Delegationsysteme zu dem deutschen Parteitag und den Landesversammlungen anderer Bundesstaaten vorgelegt, aus der sich ergab, daß das Vertretungsrecht der größeren Kreis- bzw. Ortsvereine in anderen Bundesstaaten meistens stärker zugunsten der Kleinen beschränkt ist als in Württemberg. Der Landesvorstand legte einen Vermittlungsvorschlag vor, wonach die Gesamtzahl der Delegierten bedeutend vermindert wird. Statt den Ortsvereinen soll künftig den Kreisvereinen das Vertretungsrecht zustehen, und zwar soll bei den ersten 500 Mitgliedern auf je 100 Mitglieder ein Delegierter, bei den folgenden 2000 auf je 200 Mitglieder ein weiterer und bei höherer Mitgliederzahl auf je weitere 500 Mitglieder ein weiterer Delegierter entfallen, ohne die Zahl der Delegierten zu beschränken. Die Zahl der Mitglieder der Landesversammlung, die im letzten Jahre 382 betrug, würde hiernach auf etwa 200 vermindert. Die Aussprache ergab, daß die Vertreter der Kleinen in dem Vorschlag eine zu weitgehende Preisgabe ihrer Rechte erblickten, wogegen der Vorschlag den größeren Kreisvereinen nicht weit genug ging. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Der Landesvorstand veröffentlichte aber nun seinen Vorschlag als einen von ihm an die Landesversammlung gestellten Antrag. — Von den weitergestellten Anträgen ist zu erwähnen ein solcher von Schwemningen, der die Anstellung eines Parteisekretärs für den Schwarzwaldkreis verlangt. Ein von Stuttgart und Göttingen gestellter Antrag wendet sich wieder gegen die Doppelmandate. Ein Antrag eines Stuttgarter Bezirksvereins fordert von allen Genossen, die ein Mandat mit Diätenbezug innehaben, Ablieferung eines Drittels der Diäten an die Kreisliste. Der Landesvorstand beantragt Einsetzung einer Frauenagitationskommission, die aus je einem weiblichen Mitglied der Kreisvorstände bestehen soll.

Ins Zuchthaus!

Die säkularistische „Vergewalt“ schreibt: Die Opfer eines maßlosen politischen Hasses und gemeinen Räuberspiels, die Genossen Weichelt und Hoffmann, wurden am Donnerstagnachmittag mit dem Zuge um 5.37 Uhr von Schweidnitz nach Görlitz übergeführt. Ein großer Beamtenapparat war zu der Ueberführung von dem Landgerichtsgefängnis nach dem Bahnhof aufgedrungen. Nicht weniger als ein Polizeikommissar, ein Kriminalbeamter, zwei Polizisten, ein Polizeidiener und noch einige Beamte des Arbeitshauses waren bei dem Transport unserer beiden Genossen, mit denen noch zwei Gefangene transportiert wurden, anwesend. Der Zeitpunkt der Ueberführung war geheim gehalten worden, doch erhielten die Schweidnitzer Genossen in letzter Stunde Kenntnis von der Ueberführung und es hatten sich infolgedessen eine ganze Anzahl Genossen und Genossinnen am Bahnhof eingefunden, um unseren beiden schwer geprüften Helden ein „Lebe wohl auf Wiedersehen!“ zuzusprechen. Sie wurden nach dem Bahnhof geführt und mußten dort auf den Zug warten. Diese Gelegenheit nahm Genosse Liebig wahr, im Namen der Genossen Abschied von ihnen zu nehmen. Schwere ergriffen waren unsere Freunde; Genosse Weichelt zeigte sich gefaßt, während dem Genossen Hoffmann, dessen Frau und Kinder anwesend waren, die Tränen in den Augen standen.

Die beiden Genossen hoben das Urteil vom 3. Juli bereits unterzeichnet! Mit ungläublicher Eile brachte man ihnen am Tage nach der Urteilsfällung schon früh um 8 Uhr das Urteil zur Unterzeichnung in die Zelle. Unter dem ungünstigen Eindruck, den die dreitägige Schwurgerichtsbehandlung auf sie gemacht hatte, gelang es auch, die Genossen zur Unterzeichnung zu bewegen. Leider ist dadurch die Revision des Urteils unmöglich gemacht worden. Sie gingen daher am Donnerstag auf 15 und 12 Monate in die Verbannung. Köhler hat unter Mitwirkung seines Chefs sein Ziel, seinen beiden Freund ins Zuchthaus zu bringen, erreicht! Auch wir rufen unseren schwer geprüften Genossen an dieser Stelle noch ein „Auf Wiedersehen“ hinter die Zuchthausmauern nach.

Wahl eines sozialdemokratischen Gemeinderats ohne Gegenkandidatur. Man schreibt uns aus Brüssel: Für das durch Müdrat Farnemonts erledigte Mandat, der infolge einer Privataffäre sein Amt als Brüsseler Gemeinderat niederlegte, kandidierte die Arbeiterpartei den Sekretär der Brüsseler Föderation, Genossen Laurent Vandermiffen. Keine Partei hatte einen Gegenkandidaten aufgestellt, so daß mangels jeder anderen Kandidatur Vandermiffen „kampfflos“ als Gemeinderat erklärt wurde.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Freiprozess.

Wegen einer Notiz, in der das Zusammentreten eines Partes zu einer Tausch kritisiert war, erhielt der verantwortliche Redakteur des „Thüringer Volksfreund“, Genosse Schmitter, einen Monat Gefängnis. Die Verhandlung fand statt, trotzdem der Verteidiger am Erscheinen verhindert war.

Die Berliner baugewerblichen Arbeiter im Jahre 1912.

Daß im Berliner Baugewerbe im Jahre 1912 eine niedergelagene Konjunktur und damit ein erheblicher Arbeitsmangel für die baugewerblichen Arbeiter Berlins herrschte, wird jetzt durch den Bericht der Nordöstlichen Baugewerkschaftsgenossenschaft für 1912 bestätigt. Der Bericht, der im Grunde genommen nur ein Bericht der Sektion I (Groß-Berlin) ist, gibt hierüber Auskunft. Folgende, die Berliner baugewerblichen Arbeiter interessierenden Tatsachen seien hier aus dem Bericht mitgeteilt: Bei der Sektion I der „Nordöstlichen“ waren im Berichtsjahr (1912) 7508 Betriebe mit 86932 beschäftigten Arbeitern gemeldet. Demnach ist die Zahl der beschäftigten Personen gegen das Jahr 1911 um 11171 zurückgegangen. Dementsprechend ist auch die wirklich gezahlte Lohnsumme im Berichtsjahr gegen 1911 um 12 954 453 M. — rund 13 Millionen Mark zurückgegangen.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist erfreulicherweise von 6456 im Jahre 1911 auf 5638 (1912) zurückgegangen. Indessen nicht nur relativ, auch proportional ist die Ziffer gesunken; während 1911 auf 1000 Versicherte 65,81 gemeldete Unfälle kamen, sind es 1912 nur noch 64,88.

Wichtig ist, was der Bericht über die entschädigungspflichtigen Unfälle sagt. (Die entschädigungspflichtigen Unfälle sind solche, bei denen das Heilverfahren bei Ablauf der 13. Woche noch nicht beendet war, bzw. solche, die nach Beendigung der Selbstbehandlung noch erhebliche Folgen hinterlassen haben.) Die Zahl der entschädigten Unfälle — nach dem Bericht „sogenannte schwere Unfälle“ — ist von 481 (1911) auf 391 (1912) zurückgegangen; auf 1000 Versicherte kamen (1912) 4,50 gegen 4,70 (1911). Hierzu sagt der Bericht selbstgefällig: „Das ist der Beford der Unfallversicherung; seit 1885 sei das der niedrigste Prozentsatz in der Sektion I.“

Diese Selbstbelobigung trifft indessen nicht zu. Denn erstens ist die Zahl der Beschäftigten ganz erheblich (11 000) geringer geworden; zweitens kann bei den entschädigten Unfällen nicht ohne weiteres von den „sogenannten schweren“ geredet werden. Zu den schweren Unfällen zählen sicher die mit tödlichem Ausgang. Hier ist indessen die Ziffer die gleiche geblieben. Im Jahre 1911 kamen bei 1000 Versicherten auf 4,70 entschädigte Unfälle 0,58 Todesfälle, während im Jahre 1912 schon auf 4,50 entschädigte Unfälle 0,58 Todesfälle kommen. Tödliche Unglücksfälle lassen sich auch durch Kräfte und Rechtsprechung nicht zu minder schweren stampeln. Anders sieht's leider bei anderen Unfällen.

Die „Rentenlast“ sagt der Bericht, „die sich seit 1906 in absteigender Linie bewegt, ist auch 1912 weiter um 45 000 M. zurückgegangen und erfüllt uns mit doppelter Freude.“ Es heißt dann weiter:

„Der Fürsorge der verunglückten Arbeiter in den ersten dreizehn Wochen, in der sogenannten Wartezeit, wenden wir noch wie vor

unser größte Aufmerksamkeit zu; wir übernehmen, wo es der Fall erscheint, freiwillig auf unsere Kosten die ärztliche Behandlung, um die Arbeitsfähigkeit des Verletzten so bald wie möglich zu heben.“

Die Arbeitsfähigkeit „heben“ heißt zu deutlich: Die Verletzten werden von den Vertrauensärzten der Sektion I der „Nordöstlichen“ erwerbsfähig geschrieben, ohne es zu sein. Und was die Herren Nothenberg, Roemert, Reubaus und Wundelohs nicht erwerbsfähig schreiben können, das wird dann auf Grund der neuen Rechts „übung“ mit der „Gewöhnung“ erwerbsfähig gemacht.

Die Rentenversicherung der Sektion I der „Nordöstlichen“ ist bis zur höchsten Potenz gediehen.

Bezugnehmend auf die stetige Rentenversicherung, pardon sinkende „Rentenlast“, und mit dem Hinweis auf die Reichsversicherungsordnung sagt der Bericht: „Nicht Schattenseiten, sondern Lichtseiten wird die Reichsversicherungsordnung voraus, und wir können mit der Dubeture dieser neuen Gesetzgebung nach dieser Richtung hin wohl alle recht zufrieden sein.“

Indessen die Rentenversicherung, alias „soziale Fürsorge“ der Sektion I der „Nordöstlichen“ wird noch durch das Reichsversicherungsamt gebührend in das rechte Licht gerückt. Von den von der Sektion I eingeleiteten und im Berichtsjahr durch das Reichsversicherungsamt erledigten Returen wurden 48,80 Proz. (gegen 43,12 Proz. 1911) zurückgewiesen. Die von den Verletzten eingeleiteten und als begründet anerkannten Returen gegen die Sektion I stiegen von 11,49 (1911) auf 17,24 Proz. (1912).

Die Zahl der gemeldeten Unfälle bei allen fünf Sektionen der „Nordöstlichen“ betrug 10 945. Davon waren entschädigungspflichtig 1360 Unfälle.

Der Anteil der einzelnen Sektionen in absoluter wie auch in der Prozentziffer gibt das folgende Bild.

Gemeldete Unfälle absolut:	I	II	III	IV	V
Bei der Sektion	6886	2508	2184	744	889
Auf 100 Versicherte %	6,40	3,74	3,69	3,29	3,20

Entschädigte Unfälle absolut:	I	II	III	IV	V
Bei der Sektion	391	411	187	182	189
Auf 100 Versicherte %	0,45	0,60	0,65	0,81	0,70

Auch diese Ziffern der anderen Sektionen über die entschädigten Unfälle läßt eine Schlußfolgerung auf die „soziale Fürsorge“ der Sektion I gegenüber zu.

Die gezahlten Entschädigungen betragen: bei der Sektion I 1 355 072,99 M., Sektion II 691 802,48 M., Sektion III 396 787,45 M., Sektion IV 285 840,55 M., Sektion V 315 659,91 M., bei der Nordöstlichen Baugewerkschaftsgenossenschaft überhaupt 3 345 183,38 M.

Für die Ueberwindung der Betriebe vorausgab die Sektion I 15 716,32 M. Der Genossenschaftsvorstand für die übrigen Sektionen 10 281,97 M. Für Vergütungen, Reisekosten, Tagelöhner an die Mitglieder des Genossenschaftsvorstandes wurden vorausgeholt 9097,67 M. Die Spesen der Vorstandsmitglieder usw. betragen demnach fast ebensoviel wie die Kosten für die Ueberwindung der Betriebe bzw. den gesamten Bauarbeiterlohn. Das darf kein Wunder nehmen, wenn man weiß, wie derartige Dinge beispielsweise von dem Vorsitzenden der Sektion II, Herrn Stadtrat B. in Eberswalde, gehandhabt werden.

Der Berichtsrat hat den Nagel auf den Kopf getroffen mit den Worten: „Mit der Dubeture können wir zufrieden sein!“ Die Arbeiter indessen können es nicht.

Aus Industrie und Handel.

Die Kinderarbeit in der Tarifrevision.

Die bürgerliche Presse meldet, hat der Finanzausschuss des Senates der Vereinigten Staaten bei der Beratung der Zolltarifrevision den Beschluß gefaßt, wonach bei der Einfuhr aus Ländern, in denen die Industrie Strafgefangene oder Kinder unter 14 Jahren beschäftigt, eine eidgenössische Versicherung gefordert werden soll, daß die eingeführten Artikel nicht von diesen Arbeitergruppen hergestellt sind. Sollte diese Bestimmung wirklich Gesetz werden und so gewissenhaft durchgeführt werden, daß sich die europäischen Importländer zur geschlichen Befreiung der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren gezwungen sähen, so wäre ein solcher Beschluß nur zu begrüßen. In Deutschland z. B. ist nur die Arbeit von Kindern unter 13 Jahren gesetzlich verboten. Auch die Zurückweisung der Arbeit von Gefangenen, unter deren Schmutzkonkurrenz auch die Arbeiter in Deutschland leiden, würde zu einem sozialpolitischen Fortschritt führen. Die bürgerliche Presse jammert zwar, daß diese neuen Beschlüsse der Zollkommission nur Schitane seien, weil es für den Exporteur nicht möglich sei, festzustellen, ob bei seinen Waren in irgendeinem Stadium der Verarbeitung auch die bezeichneten Gruppen mitgearbeitet hätten. Durch gesetzliche Regelung für alle Industrien könnte der Vorbehalt aber leicht entfallen werden. Mögen die Motive auch ein wirtschaftlicher Natur sein, um die Einfuhr zu erschweren, die Wirkungen einer solchen Maßregel verloren dadurch nichts an sozialpolitischem Wert.

Eine Liga für Verbilligung der Lebenshaltung in der Schweiz.

Die bürgerliche Presse hat zwar gemeldet, daß in den zukünftigen neuen Handelsverträgen keine einsameidenden Abreden in den bestehenden Zollverhältnissen erfolgen werden, allein es dürfte sich dabei nur um einen Einschüfelerungsakt handeln, zu dem Zwecke, die sonst wachsamsten organisierten Konsumenten irrezuführen. Die Agrarier haben sicher für neue Zollserhöhungen schon alle ihre Vorbereitungen getroffen und wahrscheinlich auch dem Bundesrat in Bern schon ihre Forderungen unterbreitet. Die Konsumgenossenschaften und die sozialdemokratische Presse beschäftigen sich aber ebenfalls schon seit längerer Zeit mit der Erneuerung der Handelsverträge und jetzt erlassen der Konsumverband, der Schweizerische Genossenschaftsbund und der Schweizerische Arbeiterbund zusammen einen gemeinschaftlichen Aufruf zur Gründung einer schweizerischen Liga zur Verbilligung der Lebenshaltung. Die neue Liga soll aber eine dauernde Organisation sein und nicht nur für die nächste Zollkampagne (die Handelsverträge laufen im Jahre 1917 ab) gegründet werden. Sie soll nicht nur die Lebensmittelpreise bekämpfen, sondern auch anderweitige Zölle und importfeindliche Maßnahmen, die die Lebenshaltung zu verteuern geeignet sind. Auch die den gegenseitigen Interessen dienenden Organisationen sind von dauerndem Bestande. Der Liga kann sich jedermann ohne Unterschied der parteipolitischen oder konfessionellen Richtung als Mitglied anschließen, der mit ihren Bestrebungen einverstanden ist. Mitglieder können Organisationen wie Einzelpersonen werden. Das Aktionsprogramm ist im Statutenentwurf in folgender Form vorgegeben: Schriftliche und mündliche Propaganda für eine den Interessen der Konsumenten und der Exportindustrien entsprechende schweizerische Handelspolitik, Herausgabe wissenschaftlicher und populärer Publikationen, Veranstaltung statistischer Erhebungen über die in Betracht kommenden wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz und des Auslandes, Förderung des schweizerischen Außenhandels, Mitwirkung bei der Vorbereitung von Zolltarifen und Handelsverträgen, Vertretung der Forderungen der Liga in der schweizerischen Presse, beim Bundesrat, bei den eidgenössischen Räten und in allfälligen Volksbewegungen (Initiative, Referendum, Volksabstimmung).

Die konstituierende Versammlung der Liga wird voraussichtlich schon in nächster Zeit erfolgen. Die Konsumenten in der Schweiz rühren sich also frühzeitig zur Wahrung ihrer Interessen in der nächsten Zollkampagne und darüber hinaus und ist ihnen recht viel Erfolg zu wünschen.

Der Sieg des Dampfschiffes. Nach einer dem Berichte des Vereins Hamburger Reeder angehängten Tafel betrug die Gesamttonnage der Weltdampfschiffe im Jahre 1912 40,51 Millionen Brutto-Registertonnen gegen 37,29 Millionen im Jahre 1910. Im Jahre 1903 belief sie sich erst auf 29,9 Millionen und im Jahre 1890 auf 12,9 Millionen Brutto-Registertonnen. Der Anteil Deutschlands ist im Laufe der Zeit sehr erheblich, und zwar sowohl absolut wie relativ, gestiegen. Im Jahre 1912 betrug er 4,2 Millionen Brutto-Registertonnen, im Jahre 1900 2,1 Millionen und im Jahre 1890 rund 920 000 Brutto-Registertonnen. Umgekehrt ist die Entwicklung der Weltseeflotte gewesen. Während im Jahre 1890 9,16 Millionen Brutto-Registertonnen gezählt wurden, waren es im Jahre 1912 nur noch rund 4 Millionen. Deutschland war an diesen 4 Millionen mit 362 792 Brutto-Registertonnen beteiligt. Deutlicher kann der Sieg des Dampfschiffes im Weltverkehr nicht illustriert werden.

Die Konjunktur bei der A. G. O. In der am 15. d. M. abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft wurde über das Geschäftsjahr 1912/13 Bericht erstattet, aus dem hervorgeht, daß trotz der Abschwächung, die die Konjunktur einer Reihe von Industrien erfahren hat, die Beschäftigung der Gesellschaft eine feste Zunahme aufweist. Die für die ersten zehn Monate des abgelaufenen Geschäftsjahres vorliegenden Ziffern der Umsätze wie der Aufträge überstiegen die hohen Ziffern aus der gleichen Zeit des Vorjahres erheblich, zusammen um mehr als 90 Millionen Mark. Eine Kapitalserhöhung ist für die nächste Zeit nicht beabsichtigt, da die flüssigen Mittel der Gesellschaft für die an sie heranretenden Geldbedürfnisse ausreichen.

Soziales.

Die Wahrung des guten Tones unter Mitangeestellten.

In den Urteilen der Kaufmannsgerichte spiegelt sich der oft einseitige Wille wieder, die weiblichen Angestellten ganz besonders gegen wörtliche Vertraulichkeiten oder Annäherungen der Chefs oder der männlichen Vorgesetzten zu schützen. Andererseits hat mit Recht die 3. Kammer des Kaufmannsgerichts in einem dieser Tage ergangenen Urteil ausgesprochen, daß man auch von der Handlungsgehilfin verlangen muß, daß sie in ihren Gesprächen mit ihren Kolleginnen einen gewissen Takt wahr und besonders nicht mit jugendlichen Gehilfinnen Gespräche führt, die an Verführung grenzen. In dem betreffenden Falle hatte die Klägerin einem ledigenjährigen Lehrling ganz detaillierte Schilderungen ihres Verlebens mit „ihrem Herrn“ gemacht. Von einem anderen Herrn erzählte sie, er habe sich erschossen, als er erfahrene, daß sein Verlebe mit ihr nicht ohne Folgen bliebe. Als sich das Lehrlingmädchen aus dem Konfektgeschäft des Beklagten einige Süßwaren Konfekt einkaufen wollte, zeigte es die Klägerin zu weiteren Zugriffen mit den Worten an: „So wenig nehmen Sie? Das lohnt sich ja gar nicht. Stopfen Sie sich man ordentlich die Taschen voll.“

Das Kaufmannsgericht hielt die Entlassung der Klägerin für voll begründet. Solche Aeusserungen könnten vom Prinzipal nicht zugelassen werden, da sie von schlechtem Einfluß auf die Sitten der anderen Angestellten seien.

Erkrankung eines Gehilfen vor Antritt der Stellung.

Erkrankt der Gehilfe vor Antritt der Stellung, so muß er die Erkrankung unverzüglich dem Prinzipal anzeigen, wenn er sich nicht der Gefahr aussetzen will, für alle dem Chef hieraus erwachsenden Schäden ersatzpflichtig gemacht zu werden. In einem vor dem Kaufmannsgericht verhandelten Falle hatte der verklagte Handlungsgehilfe sich zum Antritt einer Stellung bei der klagenden Konfektionsfirma am 1. März verpflichtet. Am 23. Februar erkrankte er, teilte aber der Firma erst am 28. Februar, also einen Tag vor vereinbarten Antritt, mit, daß er infolge Krankheit nicht kommen könne und bitte, ihn zum Erscheinen zu entbinden. Die Konfektionsfirma verlangte angemessenen Schadenersatz. Das Kaufmannsgericht billigte ihr auch einen solchen in Höhe von 100 M. zu.

In der Begründung heißt es u. a.: War der Gehilfe arbeitsunfähig, dann hätte er Gelegenheit und Vertragspflicht gehabt, seinem neuen Dienstherrn schon am 23. Februar mitzuteilen, daß er den Dienst nicht aufnehmen könne. Tat er dies nicht, so machte er sich schon deshalb schadenersatzpflichtig. Eine Entschuldigung seines Vertragsbruchs hat der Beklagte nach Ansicht des Gerichts nicht beigebracht, er war deshalb zu verurteilen. Bei Bemessung der Schadenersatzhöhe trat richterliche Schöpfung ein. Gerichtsnotorisch ist, daß an Inseraten für Gehilfenstellung regelmäßig etwa 30 bis 50 M. auszugeben werden, und daß ferner der März die Hauptverlehrszeit für diese Art Geschäfte ist. Der Schaden wird daher auf mindestens 100 M. geschätzt.

Wann endlich tritt das Unterstützungswohnungsgesetz für Bayern in Kraft.

In der letzten Session ist endlich die Ausdehnung des Reichsunterstützungswohnungsgesetzes auf Bayern vom Bundesrat und Reichstag beschlossen worden. Mit Inkrafttreten des Gesetzes wird endlich der Schikanierung von Arbeitern durch das bayerische Heimatsgesetz ein Riegel vorgeschoben. Leider aber ist im neuen Reichsgesetz kein bestimmter Termin für Einführung des Reichsgesetzes in Bayern angegeben, das Inkrafttreten des Gesetzes vielmehr kaiserlicher Verordnung unter Zustimmung des Bundesrats überlassen.

Wie dringend Abhilfe gegen die Schikanen bayerischer Gemeinden geboten ist, lehrt folgender typische Fall aus neuester Zeit: Ein alter Invalide, der schon seit 1867 in Straßburg lebt, aber bayerischer Staatsangehöriger ist, war gezwungen, die Armenverwaltung um Hilfe anzugehen. Das Resultat war nachstehender Ausweisungsbefehl:

Armenverwaltung der Stadt
Straßburg, Schloßplatz 5.
A. Nr. III. A. 3971.

Befehl.

Der am 8. Februar 1849 zu Aibenzabern geborene Invalide A. S. und dessen Ehefrau müssen wegen hohen Alters und der dadurch gegebenen Erwerbsbeschränkung im Wege der öffentlichen Armenpflege unterstützt werden.

In Ermüdung, daß der Verbannte und dessen Frau nicht hinreichende Kräfte besitzen, um sich den nötigen Lebensunterhalt zu verschaffen, ihn auch weder aus eigenem noch aus dem Vermögen unterhaltspflichtiger Verwandten bestreiten können, und nachdem festgestellt worden ist, daß der genannte S. in Pforz a. N. heimatsberechtigt ist, und die Verpflichtung zur Uebernahme dahin von der zuständigen Behörde mit Schreiben vom 18. Juni 1913 anerkannt worden ist, wird den Genannten, deren Unterstützung aus anderen Gründen als wegen einer nur vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit notwendig geworden ist, die Fortsetzung des Aufenthalts in der Gemeinde Straßburg i. E. auf Grund des § 5 des Freizügigkeitgesetzes und der §§ 31, 32 des Unterstützungswohnungsgesetzes hiermit untersagt.

Gegen diesen Befehl ist Beschwerde beim kaiserlichen Bezirkspräsidenten hierseits zulässig.

Straßburg i. E., den 2. Juli 1913.

Der Armenrat:

J. A.: gez. Dr. Baum.

Die Armenverwaltung hatte dem Ehepaar für drei Monate eine Unterstützung von monatlich 10 M. gewährt. Die bayerische Heimatsgemeinde verlangt nun Abschreibung. Die alten Leute sind der „Heimatsgemeinde“ längst entfremdet. Aber man kalkuliert wohl so: aus Furcht vor der Drangsalierung in der Heimat werden die alten Leute auf die hohe Armenunterstützung von 10 M. verzichten. Solche Ausbeutung des Elends nennt man dann „bayerisches Referatrecht“.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Alkoholfreie Getränke Franz Abraham... Si-Si... Arbeiter-Bekleidung... Auto-Fahrer... Sanke... Bäckerleien, Konditor... Blottners Großbäckerei... Brot-Fabrik... Oskar Hanke's Brotbäckerei... Bäckerlei Nordstern... Kaniff... Rich. Schenk... Hermann Wendt... Wilhelma... Badenstalten... Bad Ostend... Passage-Bad... Silesia... Viktoria-Bad... Friedrich-Wilhelm-Bad

Erscheint 2 mal wöchentlich. Bandagen, Gummiw. Reiche, A. Beleucht.-Gegenst. Drogen u. Farben Brannenstr. 108 u. 157 Apotheke... Prunzenstr. 103 Alfred Hoffmann... Pallasstr. 45 Drogerie... Beerdig.-Anst. Sargm. Otto Böttner... W. Adelung & A. Hoffmann... Brauerei Königstadt... Brauerei Tivoli... Weissbier - Caramelbier... Groterjans... C. Habels Brauerei... Löwen-Brauerei... Victoria-Brauerei... Weissbier, C. Breithaupt... Blumen und Kränze... Butter, Eier, Käse... Drei Kronen

Gebrüder Groh... August Holz... F. HAGEN... Gebrüder Manns... Wilh. Pleß... Gust. Schultze & Sohn... Schröter, R. Uhly & Wolfram... Vereinigte Pommersche Meiereien... Cacao, Chocolate... Stolwerck... Silber... Kupfer... Schokolade - Kakao... Cyliax, G. Seiffert, E. Fördern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg... Dombrowsky... Restat, J. Eisen- u. Stahlw., Waff. Otto Belig... G. Brucklacher... Jungbluth, Hermannstr. 172... H. Rockstroh... Alex Weimar... Fahrrad-Leihhaus Lohmann... Fahrrad-Haus Frischeauf... Färbereien, Wäscher... Groß-Dampfwäscherlei 'Spreenixe'... D. W. A. Hansa

O. Naefe... G. Kullick... Fielscher u. Wurawit... Wilhelm Behr... J. Baer... Rosner, Max... J. Scholl... Hütö, Mützen u. Pelz... Furbhaus Norden... M. Grund... Rieck, Em. Vester, E. Zum Hutwinkel... Kaufhaus... Z. Alexander & Co., Badstr. 55. B. Hennig & Co. Kohlen, Koks, Briquettes... Siemon, A. R. Kolonialwaren... Reik... Hokenkamp & Neumann... Paul Nuss Ptach... P. Rachel... Max Schubert... Karl Unte... G. Vettin

Flechhandlungen... Glas u. Porzellan... Grammoph., Sprechm. Haus- u. Küchengeräte... Herron-Artikel... Ad. Mahnke... Wangelstr. 45 W. Sandler... J. Baer... Rosner, Max... J. Scholl... Hütö, Mützen u. Pelz... Furbhaus Norden... M. Grund... Rieck, Em. Vester, E. Zum Hutwinkel... Kaufhaus... Z. Alexander & Co., Badstr. 55. B. Hennig & Co. Kohlen, Koks, Briquettes... Siemon, A. R. Kolonialwaren... Reik... Hokenkamp & Neumann... Paul Nuss Ptach... P. Rachel... Max Schubert... Karl Unte... G. Vettin

Unterstehende Geschäfte... Hermann Callies... Taschen-Müller... Lohranstalten... Zuschneide-Schule des Deutschen... Möbilhandlungen... Bethke, Georg... Prese, Ernst... Gaege, Otto... Paul Gaege, Spandau... Jos. Hauke... Heerma, H. Nils... Korn, Hugo... W. Lau, Ch. Krumme... G. Laupphöfer... Jul. Penner... Schleinitz, A. R. Wiedler... Möbelmagazin... Wilh. Gabberl... Gleiser, A. K. H. Kogel... Küchenmöbel... Lange, Max... Misch, Sigmund... Möbel-Gelegenheit... Steinemann... Emil Kuffler... Schmidt, Otto... Siebeky, W. Stelmann... Ch. Tennigkeit... Möbel-Transport... P. Enders... Moik, Stroh... Milch-Schmidt... 'Schweizerhof'... Musikalien... Scholz... Musikinstrumente... Kiest, R. Lorenz... Nähmaschinen... Bellmann, E. Singer Nähmaschinen... Singer Nähmaschinen... Liltauer, Vertr. Wilke... Atrana-Nähmaschinen... Optiker... Dase, Paul... Schubert, Carl... Wilm. Thomas... Willi Wegener... Korbwar., Kinderwag. Metzners... Krankenbedarfsartik.

Photogr. Ateliers... Photogr. Apparate... M. Albrecht... Nugo Schultz... Restaurhandlungen... Schuhwaren, Schuhm. Schuhwaren, Schuhm. Bethke, Georg... Prese, Ernst... Gaege, Otto... Paul Gaege, Spandau... Jos. Hauke... Heerma, H. Nils... Korn, Hugo... W. Lau, Ch. Krumme... Jul. Penner... Schleinitz, A. R. Wiedler... Möbelmagazin... Wilh. Gabberl... Gleiser, A. K. H. Kogel... Küchenmöbel... Lange, Max... Misch, Sigmund... Möbel-Gelegenheit... Steinemann... Emil Kuffler... Schmidt, Otto... Siebeky, W. Stelmann... Ch. Tennigkeit... Möbel-Transport... P. Enders... Moik, Stroh... Milch-Schmidt... 'Schweizerhof'... Musikalien... Scholz... Musikinstrumente... Kiest, R. Lorenz... Nähmaschinen... Bellmann, E. Singer Nähmaschinen... Singer Nähmaschinen... Liltauer, Vertr. Wilke... Atrana-Nähmaschinen... Optiker... Dase, Paul... Schubert, Carl... Wilm. Thomas... Willi Wegener... Korbwar., Kinderwag. Metzners... Krankenbedarfsartik.

Die stimmfähigen Bürger Berlins

Haben im Jahre 1912 sich vermindert. Es ist das ein Ergebnis, das aller Regel zuwiderläuft. Bisher hatte in Berlin die Fortschreibung der Liste stimmfähiger Bürger alljährlich einen Zuwachs gebracht.

Die Fortschreibung der Liste wird besorgt vom Wahlbureau des Magistrats auf Grund der bekannt werdenden Zu- und Abgänge, die durch Erlangung des Wahlfähigkeitsalters und durch Zugang schon Wahlfähiger, sowie andererseits durch Wegzug oder Tod Wahlfähiger entstehen. Dem jetzt vom Magistrat veröffentlichten Bericht über die Tätigkeit des Wahlbureaus im Etatsjahre 1912 (1. April 1912 bis 31. März 1913) entnehmen wir, daß diesmal für wahlfähig gewordene Berliner und für nach Berlin zugezogene Wahlfähige zusammen 91 279 Personenkarten neu angelegt, aber für aus Berlin weggezogene Wahlfähige und für verstorbene Wahlfähige zusammen 91 824 Personenkarten ausgeschrieben werden mußten. Die Zahl der neu angelegten Karten war geringer als im vorhergehenden Jahr, wo noch 94 235 neue Karten hinzukamen.

Die in dieser Weise fortlaufend berichtigte Liste der stimmfähigen Bürger dient als Grundlage für die kommunalwählerische Liste, die alljährlich neu aufgestellt und am 15. Juli ab zur Prüfung ausgelegt wird. Aus dem Bericht des Wahlbureaus erfahren wir jetzt, wie groß im vorigen Jahr die Zahl der Kommunalwähler Berlins war und wie sie sich auf die drei Wählerklassen verteilten. Nach Aussonderung derer, für die wegen Unterführung aus öffentlichen Mitteln oder wegen Aberkennung der Ehrenrechte, wegen Konkurs usw. das Wahlrecht vorübergehend ruhte, wurden 288 736 Personen in die Kommunalwählerliste aufgenommen. Das den Geldsack bevorrechtigende Dreiklassensystem überwies in die 3. Klasse 353 704 Wähler, folgte zur 2. Klasse 32 036 Wähler zusammen und reservierte die 1. Klasse 936 Wähler.

Dem Berliner Stadtfreisinn paßt diese Geldsackbevorzugung in seinen Aram. Gegen sie auf neue zu projektieren, bietet sich den Wählern der 3. Klasse erneute Gelegenheit bei den in dem diesjährigen Herbst zu vollziehenden Kommunalwahlen. In der 3. Klasse darf kein Freisinniger mehr gewählt werden.

Wähler der 3. Klasse zunächst kontrolliert die Wählerliste, damit ihr euer Wahlrecht nicht verliert! Die Listen liegen vom 15. bis zum 30. Juli wochentags von nachmittags 3 Uhr bis 8 Uhr abends und Sonntags von vormittags 10 Uhr bis 4 Uhr nachmittags an den von uns in Nr. 178 bekanntgegebenen Stellen aus.

Partei-Angelegenheiten.

Neulübn. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Barisch, Hermannstraße 49, die Versammlung der Jugendsektion statt. Tagesordnung: „Die Vorläufer des Sozialismus.“ Referent: Genosse Timm. Diskussion und Verschiedenes. Wir bitten die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen Neulübns um Besuch dieser Versammlung.

Marientorf. 8. Bezirk. Heute abend 7 Uhr: Flugblattverbreitung vom Bezirkskomitee, Königsstraße 14, aus.

Friedrichshagen. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Eiseller“, Friedrichstraße 96/97 eine Volksversammlung statt mit folgender Tagesordnung: „Die Schäden der kapitalistischen Volkerversicherung und ihre Reform durch die Volksfürsorge.“ Referent: Reichstagsabgeordn. G. Bauer. Alle Einwohner sind zu dieser Versammlung eingeladen. Der Einberufer.

Teltow. Mittwoch, den 10. Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Vortrag. Wegen der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ist das Erscheinen aller notwendig.

Berliner Nachrichten.

Der Schulmeister beim Erntefest.

Die „Deutsche Tageszeitung“ klagt, daß bei den Erntefesten, die jetzt in den Laubkolonien veranstaltet werden, unter den Figuren der Festzüge der „Dorfschulmeister“ durch würdelose Darstellung unangenehm auffällt. Die Klage ist nicht neu. Neu ist nur, daß das Agrarierblatt jetzt die folgende Erklärung jenes Unfugs geben zu sollen meint:

„Die Hauptmasse der Berliner Laubkolonisten, amantlich im Osten und Norden Berlins, setzt sich aus sozialdemokratischen Arbeitern zusammen, die auch in dieser „harmlosen“ Art ihr politisches Ziel verfolgen, die Jugend so früh als möglich gegen alles, was Autorität heißt, aufzuheben, und leider gibt es eine Menge „liberaler“ Mitspieler, die in ihrer Torheit solchen „Mittmachern.“

Das klingt, wie wenn die „Justitia“ sein sollende Figur des „Dorfschulmeisters“ in den Festzügen der Erntefeste eine Errungenschaft erst der allerneuesten Zeit wäre und erst die „autoritätslosen“ Großstädter sie erfunden hätten. Ebenso aber, wie die alberge Karikatur des „Dorfschulmeisters“, ist die Idee der „Deutschen Tageszeitung“, sie der Sozialdemokratie aufs Konto zu legen und in ihr ein Mittel zur „Aufbebung“ der Jugend zu sehen.

Der größte Straßenbahnhof der Welt.

Groß-Berlin wird in diesen Tagen um eine neue „Reforderscheinung“ reicher. Heute eröffnet die Große Berliner Straßenbahn in Berlin-Nichtenberg einen neuen Bahnhof, den 21., den die Gesellschaft im Betrieb hat. Er wiegt alle seine Vorgänger an Größe übertreffen. Die Halle ist 200 Meter lang und über 100 Meter breit; sie wird 500 Wagen gleichzeitig aufnehmen können, die auf 26 nebenein-

ander liegenden Gleisen aufgestellt werden. Dieser Fassungsraum macht den Straßenbahnhof zum größten seiner Art. Weder in Europa, noch in Amerika ist ein ähnliches Bauwerk anzutreffen. Man würde jedoch fehlgehen, wenn man sich diesen reinen Nutzbau in seinem Aussehen nichtern oder düster vorstellen wollte. Vielmehr ist auf Gefälligkeit und nettes Aussehen besonderer Wert gelegt worden. Schon der weite Vorplatz, auf dem alle Rangierbewegungen vorgenommen werden, erhält durch den reichen gärtnerischen Schmuck zwischen den Gleisen ein freundliches Aussehen, und die langgestreckte Halle mit ihren vielen Einfahrten gibt diesem Bilde einen gefälligen Hintergrund.

Die Halle selbst überragt beim Eintritt durch ihre fast unübersehbaren Dimensionen und überrastet durch die Lichtfülle, die aus den Oberlichtern hereinströmt. Im Vorder- und Hintergrunde sind unter den Gleisen die Arbeitsgruben untergebracht, in denen sich die Schloffer zur Revision der Untergerüste und Motoren unter den Wagen bewegen. Diese Gruben sind so tief, daß darin ein Mann aufrecht stehen kann. Sie stehen untereinander in Verbindung, so daß man von einer in die andere gelangen kann, ohne auf das Solleniveau hinaufsteigen zu müssen. Das lustige Dach der Halle wird von einer überaus leicht wirkenden und doch soliden Eisenkonstruktion getragen. Jetzt, wo noch keine Wagen im Schuppen stehen, ist der Ueberblick von einem Ende zum anderen möglich. Nach der Inbetriebnahme werden natürlich Hunderte von Wagen, besonders in der Nachtzeit, in der Halle aufgestellt sein. An der rechten Längswand der Halle sind Werkstätten, Werkstattsräume, Magazine und Aufenthaltsräume für das Personal untergebracht, die bei dem reichlich zur Verfügung stehenden Platz gleichfalls geräumig und hell ausgefallen sind. Auf dem Vorraum sind dann noch in einem schmucken Bau die Bahnhofsgebäude, Säle für Schaffner und Fahrer und eine geräumige und freundliche Kantine untergebracht. Nach voller Besetzung des Bahnhofs, die sehr bald zu erwarten ist, wird auf ihm ein Personal von etwa 2000 Mann beheimatet sein. Um für diese Beamten reichlich Wohngelegenheit zu schaffen, beabsichtigt die Große Berliner Straßenbahn, eine Gartenstadt in Nichtenberg zu erbauen.

Für Laubkolonisten.

(Vom Wohnen beziehungsweise Schlafen in der Laube.) Nach § 18 des An siedelungsge setzes ist eine An siedelungs genehmigung erforderlich, wenn jemand außerhalb einer im Zusammenhang gebauten Drißkhaft ein Wohnhaus errichten oder ein vorhandenes Gebäude zum Wohnhaus einrichten will. Nach dem Absatz 2 ist die An siedelungs genehmigung dann nicht erforderlich, wenn das Wohnhaus in den Grenzen eines nach dem Fluchtliniengesetz festgestellten Bebauungsplanes liegt. Um die Anwendung des Gesetzes handelte es sich bei einer polizeilichen Verfügung gegen Wast, durch die es ihm verboten wurde, seine Laube bei Jossen zu Wohnzwecken zu benutzen. Den Anlaß gab, daß sich W. in seiner Laube — Sonnabendabends fährt er im Sommer gewöhnlich nach Jossen — Schlafgelegenheit für mehrere Personen geschaffen hatte und daß er öfter, zuweilen mit Frau und Kind, die Nächte vom Sonnabend bis zum Montag dort verbringt. Der Polizeiverweiser sah in seinem Tun die Einrichtung eines Gebäudes zu Wohnzwecken und schloß sein Verbot, die Laube zu Wohnzwecken zu benutzen, darauf, daß hier eine An siedelungs genehmigung erforderlich gewesen wäre, eine solche aber nicht vorliege. — Die Schlafgelegenheit sollte auch entfernt werden. Nach vergeblichen Beschwerden klagte W. gegen den Regierungspräsidenten zu Potsdam, der den letzten abweisenden Bescheid erteilt hatte, beim Oberverwaltungsgericht. Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage ab und führte begründend aus: Die Laube liege nicht in einer im Zusammenhang gebauten Drißkhaft und auch nicht in einem derartigen Ortsteil, der ihr gleich zu achten wäre. Nach behördlicher Auskunft sei dort auch kein Bebauungsplan vorhanden, so daß auch nicht die Ausnahmebestimmung des Absatz 2 des § 18 des An siedelungsge setzes in Frage kommen könne. Nach Ansicht des Gerichts sei aber die Laube auch so, wie sie hergestellt sei, sehr wohl geeignet, als Wohnhaus benutzt zu werden. Der Kläger habe sie auch zu Wohnzwecken benutzt. Dies sei daraus zu entnehmen, daß er für mehrere Personen Schlafgelegenheit geschaffen hatte und daß man auch draußen schlief. Daß man nur zeitweise draußen schlief, schließe nicht aus, daß die Laube als Wohngebäude zu betrachten sei. Mangel einer An siedelungs genehmigung habe dem Kläger die Benutzung der Laube zu Wohnzwecken polizeilich untersagt werden können.

Die vorstehende Entscheidung, die unserer Meinung nach abwegig ist, hat nur auf den vorliegenden Fall Bezug. Von den verschiedenen Polizeibehörden sind die verschiedensten Bestimmungen über die Lauben erlassen worden, insbesondere über Verbotbarkeit und über die Anlegung von fogenannten Feuerstätten. Alle diese Bestimmungen sind aber mehr oder minder recht schlanöser Natur und auch vollkommen überflüssig.

Der regelmäßige Entwertungstag der Weitragsmarken ist der Sonntag.

Ueber die Entwertung der Weitragsmarken und Zusatzmarken für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung herrscht in weiten Kreisen noch große Unklarheit. Wir nehmen deshalb Veranlassung, einen diesbezüglichen Bescheid des Reichsversicherungsamtes vom 25. April 1913 zu veröffentlichen, der ganz ausführlich die Frage der Entwertung der Weitragsmarken zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung behandelt:

Sämtliche für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung verwendeten Marken müssen alsbald nach dem Einlefen entwertet werden. Beim Entwerten dürfen die Marken nicht unkenntlich gemacht werden; insbesondere müssen der Geldwert, die Lohnklasse und der Name der Versicherungsanstalt ersichtlich bleiben.

Das Entwerten der Marken hat in der Weise zu erfolgen, daß mit Linte oder einem ähnlich festhaltenden Farbstoff auf jeder einzelnen Marke handschriftlich oder durch Stempel der betreffende Rentenbetrag lediglich in Zahlen deutlich bezeichnet wird, zum Beispiel „27. 4. 13“, nicht etwa „27. April 1913“ oder gar „Entwertet am 27. 4. 1913“ oder dergleichen.

Nach § 1431 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung soll als Tag der Entwertung der letzte Tag desjenigen Zeitraums angegeben werden, für den die Marke gilt. Da die Weitragswoche nach § 1387 Absatz 3 a. a. O. mit dem Montag beginnt, so gilt jede einzelne Weitragsmarke, sei es nun eine Einwöchens-, eine Zweiwöchens- oder eine Dreiwöchensmarke, immer bis zu einem Sonntag, auch wenn bei dem die Marke einleibenden Arbeitgeber eine Beschäftigung sogar während der Woche aufhört (§§ 1426, 1429 a. a. O.). Somit ist durchweg der Sonntag als Tag der Entwertung einzutragen, auch wenn die Markenverwendung oder die Eintragung schon an einem früheren oder erst an einem späteren Tage stattfindet.

Ständige und unständige Arbeiter sind in bezug auf das Entwerten der Marken gleichmäßig zu behandeln. Nur auf den Zusatzmarken, die für die freiwillige Zusatzversicherung zu verwenden sind, soll als Tag der Entwertung der Tag vermerkt werden, an dem sie in die Quittungsliste eingelebt werden.

Tempelhof braucht Geld. Gegen Uebertreter der Radfahrerschriften gehen die Tempelhofer Polizeiergeanten scharf vor und der Amtsvorsteher verleiht ihren Angelegen durch drakonische Strafen Nachdruck. Unter fünf Mark Geldstrafe scheint man es jenseits der Dreihundstraße überhaupt nicht mehr zu tun. Benignus wurde jüngst mit einem Strafmandat in dieser Höhe ein Schüler er bedacht, der, weil der Fahedamm gesperrt war, einige Meter auf dem „Bürgersteig“ (was man in Tempelhof so nennt) gefahren war. Auf seine Beschwerde erhielt er vom Amtsvorsteher den Bescheid, daß die Strafe nicht ermäßigt werden könne. Es blieb also bei fünf Mark Geldstrafe eventl. einen Tag Haft — soviel ungefähr verdient ja ein Schüler pro Tag. ... Auf der Ostseite des Tempelhofer Feldes benutzen die Radfahrer übrigens unbehelligt den breiten Fußgängerweg und es geht auch so. Auf dieser militärisch-kasernen Seite hat nämlich der Tempelhofer Amtsvorsteher „nig to sagen“...

Hilflos gestorben!

Aus der Berliner Epileptikeranstalt „Buhlgarten“ wird ein Todesfall bekannt, der zu denken geben kann. Ein Patient Franz Rinne, der im Landhaus 11a untergebracht war, wurde am Sonnabend in früher Morgenstunde auf dem Abort tot aufgefunden. Er hatte in der Nacht den Abort besucht, wo ihn dann der Tod ereilte, ohne daß das Pflegepersonal von der Hilflosigkeit des Sterbenden etwas ahnte. Bei Auf findung der Leiche entstand die Vermutung, daß Rinne in einem Anfall von Epilepsie durch Erstickung umgekommen sei. Der Körper war in stehender Stellung zusammengesunken und der Kopf ruhte vornübergefallen auf der Brust, in die das Rinne sich eingegraben hatte. Unter dem Personal ist die Meinung verbreitet, daß der Tod nicht durch Herzschlag, sondern tatsächlich durch Erstickung verursacht worden sei. Wir müssen das unentschieden lassen, weil das Ergebnis der Obduktion und das Urteil der Aerzte sich unserer Kenntnis entziehen. Nur bestimmen können wir dagegen der Bemängelung von Zuständen, die es ermöglichen, daß solche Kranken in der Nacht aufsichtslos und unbemerkt Welt und Schlafraum verlassen. Es ist leider glaubhaft, daß das Pflegepersonal nicht ausreicht, um genügende Nachtwachen zu stellen, aber dann sollte man schleunigst sich zu einer Personalvermehrung entschließen. Wenn Rinne tatsächlich einen Anfall von Epilepsie gehabt hat und dabei einem Herzschlag erlegen oder an Erstickung zugrunde gegangen ist, so darf vermutet werden, daß ein solches Ende bei rechtzeitiger Hilfe sich hätte verhüten lassen. Wir wollen es abwarten, ob man im Hofsaue es als Pflicht empfinden wird, über die ganze Angelegenheit sich öffentlich zu erklären. Was mag übrigens die Anstaltsdirektion über den Tod des Patienten Rinne seinen Angehörigen mitgeteilt haben?

Baunfall in der Universitätsstraße.

Seit einigen Wochen befinden sich die letzten drei alten Häuser in der Universitätsstraße im Abrich, der von der Firma Franz Carl Tornow, Berlin-Heinersdorf, besorgt wird.

Entgegen den polizeilichen Anordnungen werden Mauern und Pfeiler mit dem Seil umgerissen und die Bauten mit einer solchen Hast dem Erdboden gleich gemacht, daß jeder Laie Unglücksfälle für unaussprechlich halten möchte. Diese sind dann auch eingetreten. Erst stürzten zwei Arbeiter ab und mußten ins Krankenhaus gebracht werden und gestern morgen fiel der eine der Poliere, der sich durch sein Antreiben der Arbeiter auszeichnete, ab und wurde mit einem Beinbruch ebenfalls dem Krankenhaus zugeführt werden. Ein anderer Arbeiter wurde ebenfalls verletzt. Das alles geschieht unter den Augen der Polizei, die sich in dem gegenüberliegenden Hause Universitätsstraße 3b befindet.

Gemeinsam in den Tod.

Im Teltowkanal ertränkten sich der 18 Jahre alte Beschäftigte angestellte Braubauer aus der Mühlenstraße in Lanfow und seine 17jährige Geliebte, das Dienstmädchen Martha Kofschardowski aus der Halskestraße in Stieglitz. Die beiden jungen Leute kannten sich schon seit längerer Zeit und beabsichtigten, sich zu heiraten. Da aber die Eltern mit der Heirat nicht einverstanden waren, beschloßen die beiden Liebenden, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Montag abend nach Einbruch der Dunkelheit schritten sie zur Ausführung ihres Planes. Nachdem sie Abschiedsbriefe an ihre Eltern geschrieben hatten, banden sie sich mit Stricken zusammen und stürzten sich von der Kanalbrücke in Südenbe gemeinsam in den Teltowkanal. In der Nacht war der Vorfall in der einsamen Gegend un bemerkt geblieben. Gestern früh sahen jedoch Waffanten die Leichen der beiden Liebenden auf dem Wasser treiben und benachrichtigten die Lanfowiger Kriminalpolizei. Die Beamten sorgten für die Ueberführung der Toten nach der Leichenhalle in Lanfow und benachrichtigten die Eltern von dem traurigen Ende ihrer Kinder.

An Wurstvergiftung gestorben

Ist die 10jährige Tochter des Arbeiters Bastian aus der Wallstr. 77 zu Ober-Schöne weide. Frau W. hatte auf dem Wochenmarkt Blutwurst gekauft und ihren beiden Kindern, einem Knaben und einem Mädchen, davon zu essen gegeben. Auch sie selbst genos von der Wurst. Alle drei Personen erkrankten bald darauf unter Vergiftungserscheinungen und das Mädchen starb nach mehreren Stunden. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt. Der Zustand des Bruders ist bedenklich, während bei der Mutter Lebensgefahr nicht vorliegt.

Fahrstuhlunglück.

Ein Fahrstuhlunglück ereignete sich gestern nachmittags in der Konfiktorenfabrik von Duclaud Aktiengesellschaft, hierseits, Schulendorfer Straße 23. Dort waren an einem Bastiansegg zwei Monteurze der Firma Reumann u. Redlin, Berlin, Chausseestraße 2, mit Reparaturen beschäftigt. Als sich der Fahrstuhl in der Höhe der 4. Etage befand, war der Monteur Wilhelm Schmeizer zu Berlin, Nichtenstraße 20, an der im Erdgeschoß befindlichen Seiltrommel beschäftigt. Auf bisher nicht aufgeklärte Ursache fuhr der Fahrstuhl plötzlich in die Tiefe und der an der Trommel beschäftigte Monteur wurde durch das plötzliche Anspringen des Seiles so schwer verletzt, daß er außer einem Schädelbruch noch schwere Verletzungen im Gesicht erlitt. Im hoffnungslosen Zustande wurde er nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht.

Am Grabe des Mannes vom Schlag gerührt. Von einem tragischen Geschick ist die 60jährige Witwe Wilhelmine Schwones-

Berg aus der Goldenstraße 4 in Schöneberg betroffen worden. Frau Sch. besuchte das Grab ihres vor einiger Zeit verstorbenen Mannes auf dem Emmafriedhof in der Hermannstraße in Neukölln. Kaum hatte sich die Witwe einige Zeit auf dem Kirchhofe aufgehalten, als sie plötzlich besinnungslos zu Boden sank. Andere Besucher brachten die Erkrankte zu einem in der Nähe wohnenden Arzt, der einen schweren Schlaganfall feststellte, durch den die Frau auf der ganzen rechten Körperseite gelähmt worden war. Mittels Krankenwagens wurde die Witwe nach dem Schöneberger Krankenhause geschafft.

In der Wadewanne vom Tode überrascht

Wurde gestern Abend der 80 Jahre alte Obsthändler Hermann Strej aus der Sorauer Str. 24. Der Mann, der verheiratet war und Vater von zwei kleinen Kindern ist, litt schon seit längerer Zeit an Herzschwächen. Erst gestern Nachmittag hatte er einen schweren Anfall. Als er sich gegen Abend erholt hatte, ging er, obwohl seine Frau ihm davon abriet, in eine Wadewanne in der Köpenicker Straße und nahm ein warmes Bannenbad. Als er über die Badezeit hinaus in seiner Zelle blieb und sich darin nicht rührte, öffnete der Besitzer. Dieser fand Strej tot in der Wadewanne liegen, aus der das Wasser bereits abgelassen worden war. Da der Körper noch warm war, benachrichtigte er sofort die Hilfspolizei in der Köpenicker Straße. Als der Arzt erschien, konnte er jedoch nur noch den infolge Herzschlages eingetretenen Tod feststellen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schaubause gebracht.

In den Tegeler See gesprungen

Ist von einem Sternedampfer aus am vergangenen Sonntag ein noch unbekannter Mann, dessen Leiche bisher noch nicht geborgen und dessen Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte. Es ist ein Mann von etwa 35 Jahren, der seinem Aeußeren nach dem Arbeiterstande angehört zu haben scheint. Er ist 1,60 Meter groß, hat dunkles Haar, einen ebenförmigen Schnurrbart und ein volles Gesicht und trug einen dunkelgrauen Anzug, eine lange dunkle Kravatte und einen grauen, weichen Filzhut, der noch aus dem Wasser gefischt werden konnte. Im Innern trägt der Hut die Firmenbezeichnung Hammi Reubert, Müllerstr. 164.

Beim Baden ertrunken ist gestern Nachmittag in Tegeler See unweit Tegeler Ort ein in der Gerichtstraße wohnender Mann, der etwa 44—45 Jahre alt sein kann. Der Mann ging plötzlich unter und obwohl schnell Hilfe gebracht wurde, konnte von dem herbeigerufenen Arzt nur noch der Tod festgestellt werden.

Ein tödlicher Unglücksfall

Hat sich gestern auf der Leichter-Eisenbahnstrecke zugetragen. Zwischen dem Spandauer Hauptbahnhof und der Station Mühlleben wurden Reparaturarbeiten ausgeführt, bei denen auch der 26 jährige Arbeiter Alfred Großke aus der Plantage 14 in Spandau beschäftigt war. Als nachmittags der von Berlin fällige Güterzug heran kam, traten auf das Signal des Kolonnenführers die übrigen Arbeiter rechtzeitig zurück, während G. anscheinend das Zeichen nicht beachtet hatte. Er wurde von der Lokomotive erfasst und überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Leiche des Verunglückten wurde polizeilich beschlagnahmt.

Ein „gerissener“ Spießbubenstück.

Mit einem schon recht alten, doch immer noch wirksamen Trick „arbeitet“ eine Schwindlerin und Diebin, die seit einiger Zeit in Warenhäusern auftritt und es hier auf die Kundinnen abgesehen hat. Damen, von denen sie nach ihrem Aeußeren annimmt, daß sie Geld oder Schmuckstücke in ihrer Handtasche nachtragen, folgt sie durch die einzelnen Gänge, um ihnen bei geeigneter Gelegenheit — auf den Kopf zu treten. Im lieblichen wählt sie hierzu die Truppensture. Trotzdem sie dies so heftig macht, daß stets ein Riß entsteht, versteht sie es so geschickt anzustellen, daß man ihre Absicht dabei nicht merkt. Im selben Augenblick, wo sie einer Dame auf den Kopf getreten hat und diese erschreckt sich umsieht, bittet sie tauschend um Entschuldigung und erbietet sich sofort, den Schaden wieder zu reparieren. Sie bittet die Damen zu diesem Zweck, mit ihr eine Toilette aufzusuchen, wo sie sich gleich so ernsthaft um die Ausbesserung der zerrissenen Stelle bemüht, daß die Kundinnen ihr gern verzeihen und gerührt darüber sind, wie sich die Fremde so eifrig ihrer annimmt. Diese setzt das ganze Manöver jedoch nur in Szene, um Gelegenheit zum Diebstahl zu erhalten. In der Aufregung merken ihre Opfer gar nicht, daß sie deren Handtasche nach Geld und Schmuckstücken durchwühlt, um damit im geeigneten Augenblick unter irgend einem Vorwand zu verschwinden. Die gefährliche Spießbubin, vor der hiermit gewarnt sei, sieht im Anfang der zwanziger Jahre, ist kaum mittelgroß, hat eine gedogene Nase und pflegt ein langes, schwarzes Jackett zu tragen.

„Der freie Händler“.

Unter diesem Titel hat die Berliner Händlerschaft am 15. Juli ein neues Organ herausgegeben, das die Interessen der Kleinhändler und freien Gewerbetreibenden vertritt.

Bei einem Zusammenstoß schwer verunglückt ist gestern früh der Führer eines Kleinautos des Polizeipräsidiums. Als der Kraftwagen, auf dem ein Beamter als Führer auf dem Weg und ein zweiter als Begleiter im Innern des Autos saß, gegen 7 Uhr durch die Langestraße kam, wollte es vor dem Grundstück Nr. 99 einen Wärtelwagen, der in derselben Richtung fuhr, überholen. Infolge des schlüpfrigen Pflasters schleuderte das Automobil aber und ließ von der Seite mit dem Vorderrad zusammen. Durch den heftigen Anprall wurde der Beamte vom Weg gerissen. Er fiel dabei so unglücklich auf das Straßengestühl, daß er sich einen doppelten Bruch des linken Armes zuzog. Sein Begleiter und der Ausfahrer blieben unverletzt. Der Führer wurde nach der Hilfspolizei in der Holzmarktstraße gebracht und von hier nach Anlegung eines Verbandes auf seinen eigenen Wunsch nach seiner Wohnung.

Verloren. Am Dienstag, den 8. Juli, ist ein gefülltes Kubert, enthaltend 58 Mark an 40 Pf., 26 Mark an 20 Pf., 6 Jugendmarken auf dem Wege vom Kölnischen Park zur Voedstraße verloren gegangen. Es wird gebeten, dieselben bei Meißner, Voedstr. 12, vorn III, bei Weidert abzugeben.

Vorort - Nachrichten.

Pankow.

Die alte Dorfschule, welche wegen durch ihr Alter bedingter Untauglichkeit zu Unterrichtszwecken auf im Frühjahr 1911 geschlossen wurde, hat ein recht gutes Leben und dürfte vorläufig noch auf längere Jahre ihren Platz in der Dritten Straße behaupten. Nachdem im Herbst 1911 die Leitung des hiesigen, damals durch Brandschaden unbenutzbar gewordenen jüdischen Waisenhauses bis zur Fertigstellung eines neuen die alte Schule als Unterrichtsstätte für ihre Zöglinge zu mieten und herzurichten wünschte, wurde dem von der Gemeindevertretung unter Aufhebung ihres oben erwähnten Beschlusses stattgegeben, jedoch erneut bestimmt, daß das Gebäude mit 1. April 1913 endgültig befristet sein sollte. Ungeachtet dessen steht es aber noch heute, da sich die Fertigstellung des neuen jüdischen Waisenhauses bis jetzt verzögert hat und erst mit 1. Oktober die jüdischen Waisenkinder ihr neues Heim in der Berliner Straße beziehen werden. Aber auch dann wird das alte Schulgebäude nicht verschwinden, sondern einer neuen Bestimmung zugeführt werden. Die Einkommensteuerveranlagungs-

Kommission des Kreises Niederbarnim sieht sich infolge der rapiden Entwicklung ihres Veranlagungsbezirktes genötigt, ihre in Berlin, Sieberstraße 1/2, belegene Verwaltung zu teilen und eine zweite Veranlagungsstelle nach außenwärts zu verlegen. Hierzu ist nun nach geeigneter Herrichtung die mietsweise Ueberlassung der alten Schule anzufragen. Die Gemeindevertretung hat dem Projekt bereits zugestimmt und die erforderlichen Mittel bewilligt. Bei der Instandsetzung des Gebäudes ist beabsichtigt, daselbe durch Befestigung der auf der Nordseite belegenen öffentlichen Bedürfnisanstalt und Freibank freizulegen und letztere beiden Gemeindeanstalten an anderer geeigneter Stelle unterzubringen.

Adlershof.

Die Generalversammlung des Wahlvereins wurde eingeleitet mit einem Vortrag des Genossen Müller über „Amerikanische Kulturverhältnisse“. Der Vortrag wurde allgemein beifällig aufgenommen. Darauf wurden die Berichte von der Kreisgeneralversammlung und der Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin ohne Diskussion entgegengenommen. Genosse Reil gedachte im Vorstandsbericht der zur Landtagswahl geleisteten Arbeit und deren Erfolge. 1908 wurden bei der Landtagswahl 17 sozialdemokratische Wahlmänner am Ort gewählt, wogegen bei der diesjährigen Wahl von 40 am Ort zu wählenden Wahlmännern 28 auf unsere Partei entfielen. In der darauf folgenden Hausagitation wurden 26 neue Mitglieder und 16 „Vornwärts“-Leier gewonnen. Die Mitgliederzahl vermehrte sich im Quartal um 47; also sind im ganzen 882 Mitglieder am Ort. Die Zahl der „Vornwärts“-Leier vermehrte sich trotz Abstellungen und Verzüge um 6; Gesamtzahl 892. Genosse Martin gab den Massenbericht. Die Einnahmen im Quartal betrugen 888,10 M.; Ausgaben waren 652,52 M., so daß ein Ortsbestand von 40,58 M. vorhanden ist. Genosse Friedrich weist in seinem Bericht des Bildungsausschusses besonders auf den Kampf gegen die Schuldenliteratur hin. Zwei vom Genossen Neumann eingebrachte Anträge zum Parteitag wurden einstimmig angenommen und dem Zentralvorstand des Kreises zur weiteren Behandlung überwiesen. Am Schluß forderte Genosse Reil nochmals die Versammelten auf, stets tüchtig für die Partei zu wirken.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Mariendorf. Donnerstag, den 17. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Rathause, Kaiserstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichts - Zeitung.

Som Polizeikampf gegen die Gewerkschaften.

Wie neuerdings an zahlreichen anderen Orten, so hat die Polizei auch in Arnswalde den mißlungenen Versuch unternommen, die Gewerkschaften für politische Vereine zu erklären. Sie richtete an die Vorsitzenden der Zahlstellen des Metallarbeiter-, Bauarbeiter- und Zimmererverbandes das Ersuchen, Statuten und Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Unbegreiflicherweise ist der Zimmererverband diesem Verlangen nachgekommen. Der Bauarbeiter- und Metallarbeiterverband lehnte das Verlangen aber ab. Darauf wurden die Vorsitzenden der genannten beiden Verbände wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes unter Anklage gestellt. Gestern stand Termin vor dem Amtsgericht Arnswalde an. Die Angeklagten wurden von Rechtsanwalt Dr. Heine mann vertreten. Auf die Aufforderung des Vorsitzenden, dem Gericht Material für die politische Natur der beiden Gewerkschaften vorzulegen, wußte der Anwalt nichts weiter zu sagen, als daß die Zimmerer dem politischen Ersuchen entsprochen und damit selbst den Charakter der Gewerkschaften als politische Vereine anerkannt hätten. Auch sei eigentlich jeder Streik eine mehr oder minder politische Angelegenheit. Diesen Ausführungen gegenüber hatte der Verteidiger einen leichten Stand. Das Gericht kam nach kurzer Beratung zu dem Ergebnis, daß es direkt widerlegt sei, daß die Zahlstellen des Bauarbeiter- oder Metallarbeiterverbandes in Arnswalde sich politisch betätigten. Beide seien rein gewerkschaftliche Verbände ihren Statuten und ihrer Betätigung nach. Die Freisprechung sei daher ohne weiteres geboten.

Substanzerei.

Mit einem argen Fall Substanzerei beschäftigte sich gestern die 6. Kassenkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Goebel.

Angeklagt ist der Gelegenheitsbauarbeiter Theodor Wiedner. Der Angeklagte ist Vater von vier aus erster Ehe stammenden Kindern im Alter von 5 bis 11 Jahren. Er schaffte sich eine „Braut“ an, die er zwang, für ihn auf die Straße zu gehen und dort Geld zu verdienen, welches sie ihm abliefern mußte. Nachdem er seine „Braut“ geheiratet hatte, nahm er seine vier Kinder zu sich. Die Verführung der Frau, wieder einen anständigen Lebenswandel anzunehmen und sich und die vier Kinder durch Hausarbeit zu ernähren, scheiterten daran, daß der Angeklagte ihr den geringen Lohn wegnahm, in Bier und Schnaps umsetzte und sie dann unter Schlägen zwang, wieder auf die Straße zu gehen. Die nächtlichen Spaziergänge der Frau, die dabei von ihrem Manne begleitet wurde, endeten in der aus Stube und Küche bestehenden Wohnung, in welcher die vier Kinder in einem Bett schliefen. Diese furchtbaren Zustände fanden endlich ihr Ende, als die Frau, da sie die fortgeführten Mißhandlungen nicht mehr ertragen konnte, zur Polizei ging und Anzeige erstattete.

Mit Rücksicht auf die Schändlichkeit des Treibens des Angeklagten erkannte die Kammer dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Außerdem verhängte das Gericht die Uebertretung an das Arbeitshaus auf gleiche Dauer über den Angeklagten.

Trotz eigenen Gehändnisses freigesprochen.

Die Gastwirtin Marie Kothe, Reichenberger Str. 71, er sucht um ein Feststellung, daß sie mit der vom Schöffengericht Neukölln am 10. d. M. in zweiter Instanz freigesprochenen Gastwirtin Frau (vergl. Bericht in Nr. 174 des „Vornwärts“) nicht identisch ist. Diesem Wunsch kommen wir hiermit nach.

Gesundheitsgefährliche Tanzmusik.

Den Jubiläumsumrahm hat ein geschäftstüchtiger Unternehmer in Steintin zum Anlaß genommen, um auf einem freien Platz einen sogenannten „Kummelplatz“ einzurichten. Auf diesem „Kummelplatz“ befindet sich auch ein Tanzzelt, in welchem bis 12 Uhr nachts gewaltig wird, während die Fiedel singt, die Pauke dröhnt und die Trompete dreinschmettert. Ringsum sind nur Baustellen und zwischen diesen und der Stadt grünt ein großer Park. Nur ein Haus ist in der Nähe. In diesem wohnt aber ein Arbeiter, der 4000 M. Miete zahlt und dafür auch seine Ruhe haben möchte. Der Regierungsrat beschwerte sich über die Musik in dem Tanzzelt. Der Steintiner Polizeipräsident hatte für diese Beschwerde ein recht großes Verhängnis. Ist er doch selbst ein sehr verdorben Herr, der erst in voriger Woche den Arbeitern eines Neubaus, der gegenüber seiner Amtsstube ausgeführt wird, verbot, während seiner Amtsstunden zu arbeiten, da er den Lärm nicht verträglich. Nun konnte aber der Polizeipräsident die Tanzmusik, nachdem um des „patriotischen“ Zweckes willen alles genehmigt war,

nicht so leicht verbieten; er konnte sie auch nicht wegen der Ruhestörung einschränken, da selbst mitten in der Stadt gelegenen Cafés erlaubt ist, bis 12 Uhr mit Schlagzeug und Blechinstrumenten in ihren Vorgärten zu musizieren. Schließlich fand er, daß die Musik die Gesundheit der Anwohner gefährde. Um Ruhe zu haben, mühen sie auf einer Seite der Wohnung die Fenster geschlossen halten und hätten infolgedessen nicht genügend Luftzufuhr. Uebrigens sei es der „vornehmste Teil der Stadt“, auf dem der „Kummelplatz“ errichtet wurde, und „diesem sollte soweit wie möglich Ruhe und Würde bewahrt werden“. Denn: — so hieß es in der Begründung einer polizeilichen Verfügung, welche für die Zeit von nach 10 Uhr abends die Verwendung von Schlagzeug und Blechinstrumenten verbot — „die Bewohner dieses Stadtteils sehen sich aus Kreisen zusammen, die sich an derartige musikalische Darbietungen schwerlich gewöhnen können, und infolge ihrer Lebensgewohnheiten und Ansprüche Gesundheitsgefahren leichter ausgesetzt sind, als andere Kreise der Bevölkerung“.

Leider hat der Bezirksausschuß diese polizeiliche Verfügung aus sachlichen und formalen Gründen aufgehoben. Nun werden wohl die Leute mit dem großen Gelächel sich eine robustere Gesundheit anschaffen oder sich an die Musik gewöhnen müssen, die nun einmal mit Geräusch verbunden ist.

Dagegen, daß allortorts allgemein der Ruhestörung zu nachschlafender Zeit entgegengetreten wird, wäre nichts einzuwenden. Weshalb aber Leute mit Kapital ein größeres Ruhebedürfnis haben sollen als abgerackerte Arbeiter, ist nicht recht ersichtlich. An einigen Orten bestehen allgemeine Polizeiverordnungen in diesem Sinne.

Gültigkeit einer Polizeivorschrift gegen Raftmusik.

Eine Polizeiverordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden vom 20. Februar 1912 schreibt für eine Reihe von Veranlagungen, die in öffentlichen Gastwirtschaften stattfinden und bei denen ein höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft nicht abwaagt, vor, daß sie um 11 Uhr abends beendet sein müssen. Für Ausnahmen ist eine besondere polizeiliche Erlaubnis erforderlich.

Wegen Uebertretung der Verordnung war der Gastwirt Ledebogen von der Strafkammer in Wiesbaden verurteilt worden, weil er in seinem Lokal eine Musikaufführung ohne höheres Kunstinteresse bis 1 Uhr nachts geduldet habe, ohne im Besitz einer Erlaubnis für die längere Dauer zu sein. Es handelte sich um eine Instrumentalmusik. Das Landgericht nahm an, daß die Vorschrift gültig sei, weil sie dem Schutze der Anwohner gegen nächtliche Ruhestörungen diene und somit im Gesundheitsinteresse habe erlassen worden können.

Der Angeklagte legte Revision ein. Das Kammergericht verwarf dieser Tage das Rechtsmittel und führte aus: Im Gegensatz zu Darlegungen des Oberstaatsanwalts sei nicht anzunehmen, daß der vorliegende Fall das Kammergericht zwingt, die Nichtigkeit seiner bisherigen Auffassung nachzuprüfen, welche dahin ging, daß § 360 Ziffer 11 des Strafgesetzbuchs die Materie des ruhestörenden Lärms erschöpfend regelt und auf diesem Gebiete keinen Platz lasse für Polizeiverordnungen. Denn mit Bezug auf Musikaufführungen und ähnliche Aufführungen ohne höheres Kunstinteresse, wenn sie in öffentlichen Gastwirtschaften stattfinden, sei damit zu rechnen, daß sie bei längerer Ausdehnung in die Nacht hinein zu einem gesteigerten Alkoholgenuß und damit leicht zu Exzessen führten, die das Publikum bedrohen. Mit Bezug auf solche Veranstaltungen, von denen so hier eine in Frage komme, sei die Verordnung deshalb rechtmäßig im Hinblick auf § 6 des Polizeiverordnungsgesetzes in Verbindung mit § 10 Teil 2 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts, wonach die Aufgabe der Polizei u. a. die sei, vom Publikum bevorstehende Gefahren abzuwenden.

Verfammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Montag eine außerordentliche Generalversammlung ab. Cohen referierte über den kommenden in Berlin stattfindenden internationalen Metallarbeiterkongreß. Redner erinnerte an die früheren Kongresse und deren Ergebnisse und gab eine allgemeine Uebersicht von der in den letzten Jahren geleisteten Arbeit des „Internationalen Bundes“. Cohen stellte auch fest, daß bereits fast der ganze Kontinent in einem Vertragsverhältnis zueinander steht. Die Schaffung und Förderung des Bundes ist im wesentlichen das Verdienst der deutschen Metallarbeiter. Wenn es bisher von deutscher Seite vermieden worden ist, auf den Kongressen über die grundsätzliche Auffassung des Kampfes und seine Formen zu debattieren, so deshalb, weil in Anbetracht der verschiedenen Landes- und Sprachverhältnisse eine Klärung und Verständigung doch sehr schwer wäre. Der Aufbau der gewerkschaftlichen Organisationen und die Auffassung vom wirtschaftlichen Kampf ist in einzelnen Ländern kein willkürlicher, sondern ein historisch gewordenen und eine Veränderung zu heute auf morgen nicht zu erzielen; doch sei auch hier eine Entwicklung in unserem Sinne zu verzeichnen. Der Kongreß soll den ausländischen Genossen, insbesondere den englischen zeigen, daß das, was früher einmal vorbildlich war in Gewerkschaftsrichtungen, heute in Deutschland schon weit überholt sei. Damit solle nicht gepraht werden, aber der Kongreß sei berufen, die Ideen weiterzupflanzen, und er werde auch eine Art Anschauungsunterricht darstellen.

An den Bericht schloß sich keine Diskussion. Hierauf wurde die Auffstellung der Kandidaten für die Delegation vorgenommen. Cohen berichtete, daß der Vorstand beschlossen habe, den Verband durch 25 Delegierte auf dem Kongreß vertreten zu lassen. Für Berlin sind 3 Delegierte vorgesehen. Die Ortsverwaltung habe den Bezirksversammlungen die Mitglieder Cohen, Stiering, Batschiff vorgeschlagen, und da aus den Bezirksversammlungen weitere Vorschläge nicht gemacht werden, stehen jetzt auch nur diese 3 Mitglieder auf der Kandidatenliste. Es sei natürlich das Recht der Generalversammlung, weitere Vorschläge zu machen.

Von den nunmehr vorgeschlagenen Kandidaten nahm niemand mehr an, so daß die somit endgültige Liste nur die 3 von der Ortsverwaltung vorgeschlagenen Namen enthielt. Mit Rücksicht darauf, daß für die zu wählenden 3 Delegierten nur 3 Kandidaten vorhanden waren, beschloß die Generalversammlung, die vorgeschlagenen Mitglieder als gewählt zu betrachten, unter der Voraussetzung, daß der Vorstand sich der Auffassung anschließt, wonach unter den gegebenen Umständen eine Urwahl sich erübrigt.

Aus aller Welt.

30 Personen durch Explosion einer Naphtaquelle verbrannt.

Ein juchbares Unglück hat sich in Baku bei Bohrarbeiten zugezogen. Als die Arbeiter eine neuerbohrte Naphtaquelle einfassen wollten, begann diese plötzlich zu brennen. Im Augenblick sahen sich etwa 30 Arbeiter, die sich in dem Bohrturm befanden, von einem gewaltigen Flammenkreis umgeben, aus dem es kein Entkommen gab. 30 Arbeiter sind in den Flammen umgekommen. Die riesige Flammenfontäne ist noch in einer Entfernung von 50 Kilometer sichtbar.

Ein Sittenfandal.

In Saarbrücken schwebt nach der „Frankf. Bzt.“ seit acht Tagen eine peinliche Untersuchung gegen Schüler und Schülerinnen mehrerer hiesiger höherer Schulen. Man ist einem Klub auf die Spur gekommen, dessen Zweck die Pflege erotischer Beziehungen war. Zwei Frauen, die durch Hergabe ihrer Wohnungen dem Treiben der jungen Leute Vorschub leisteten, sind bereits ermittelt und in Haft genommen worden. Durch die Affäre sind eine ganze Anzahl angesehenen Familien in Mit-

Leidenschaft gezogen worden. Die Angelegenheit erregt unangenehmes Aufsehen, zumal erst vor einigen Jahren eine ähnliche Affäre viel böses Blut gemacht hatte.

31 Polizeiverordnungen auf einmal

Hat die in Linden eingemeindete Ortschaft Niddlingen erhalten. Der Magistrat von Linden gibt die Verordnungen nach Namen und Datum bekannt; sie betreffen das bürgerliche Leben von der Wiege bis zum Grabe, das geschäftliche und öffentliche Leben im Handel und Verkehr und werden den nun erst zu wirklichen städtischen Bürgern gewordenen Niddlinger Einwohnern nicht wenig Kopfzerbrechen machen. Was sie alles regelt, hat ein Totalpoet in folgende kurze, von jedem Niddlinger auswendig zu lernende Form gebracht:

Willst, Niddlinger, du jezt baden
Ober etwa Mist verladen,
Willst du in der Kneipe zechen,
Ober dir ein Blümchen brechen,
Willst du über Nacht hier bleiben,
Ober dich durch Straßen treiben,
Willst du Freibankfleisch verkaufen,
Läzt du Hundevieh laufen,
Läzt du für ein kleines Schweinchen
Ober bricht dein Pferd ein Weinchen,
Willst du Droschkenfuhrwerk haben,
Anderer mit Eis erlauben,
Willst du, allen zum Entzücken,
Mit nem Kientopp und beglücken,
Willst dein Haus du nummerieren
Ober es desinifizieren,
Wächt etwa auf deinem Ader
Das Franzosenkraut zu wader,
Willst du die ein Haus erbauen,
Ober nen fieder'schen Gaul verhaunen,
Wächstest du nen Teppich kloppen,
Ober frische Würste stopfen,
Solltest du die Fäden haben,
Ober läzt du dich begraben,
Dann, Niddlinger, Frau und Mann,
Sieh' erst — die Verordnung an!

Geschäftspatriotismus.

Die „Tägl. Rundsch.“ entrüstet sich — man staune — über den Geschäftspatriotismus eines Fabrikanten. Betrieben werde dieser „üble Geschäftspatriotismus“ von einem gewissen Paul Rohr in Leipzig, der anlässlich des 12. Deutschen Turnfestes in einem Prospekt angekündigt habe, daß er der Deutschen Turnerschaft 5000 M. schenken werde.

Was veranlaßt ihn (den Herrn Rohr) denn zu dieser namhaften Gabe? Eine Erfindung, die auch, abgesehen von der 5000-Mark-Gabe, die Beachtung der deutschen Turnerschaft verdient; es ist dies der vorzügliche Hosenträger „Wahrheit“, D. R.-G.-M. 549 689, der sich besonders durch sein bewegliches Hinterrückzugsvorrichtung vor den anderen Hosenträgern auszeichnet. Unter welcher Bedingung soll das 5000-Mark-Geschenk der deutschen Turnerschaft zugewendet werden? Die deutsche Turnerschaft hat es selbst in der Hand, diese Bedingung ohne Anstrengung und Opfer zu erfüllen. Der Turngenosse Rohr macht nämlich lediglich zur Bedingung, daß bei ihm bis zum Jubelfesttag wenigstens 20000 Paar Hosenträger bestellt worden sind, eine Forderung, die im Hinblick auf die Preisenschar der deutschen Turnerschaft und in Anbetracht der erprobten Brauchbarkeit, Einfachheit und Dauerhaftigkeit des „Wahrheits“-Hosenträgers schnell erfüllt sein kann. . . .

Wenn es keinen schlimmeren Geschäftspatriotismus gäbe, als den des findigen Hosenträgerfabrikanten, wäre es trefflich um das Vaterland bestellt. Leider ist der Geschäftspatriotismus unserer Nützlichkeitsinteressenten viel weniger harmlos. Dagegen freilich wird man in der Presse vom Schlage der „Tägl. Rundsch.“ vergebens nach Protesten suchen!

Holz wertvoller als Soldatenleben.

Aus Pettau (Steiermark) wird vom 12. Juli gemeldet: Als heute 10 Uhr vormittags eine von den Pionieren des hiesigen Bataillons zu Übungszwecken hergestellte Brücke zu sprengen war, wurden zehn Pioniersoldaten unter dem Kommando des Leutnants Wogenkowitz befohlen, das brauchbare Brückenholz aufzufangen. In zwei Zillen fuhren deshalb die Soldaten in der Drau. Plötzlich kippte eine Zille um und fünf Pioniere und der Leutnant fielen in den Strom, der infolge des Regens sehr reißend ist. Der Leutnant wollte die Pioniere retten, wäre aber, wenn nicht Hilfe gekommen wäre, selbst ertrunken. Der Korporal Wobigemann, der Gezette Jud und die drei Pioniere Klapp, Steininger und Sessel sind ertrunken; die Leichen konnten trotz eifrigen Suchens noch nicht gefunden

werden. Man hat die Soldaten in den Strom geschickt, obwohl Hochwasser ist.

Kleine Notizen.

Sittlichkeitsverbrechen. In Singst bei Rölln lockte am Montagabend ein Mann ein kleines Mädchen in ein Roggenfeld. Auf das Geschrei des Kindes eilten Erwachsene herbei. Sie fanden das kleine Mädchen in ihrem Blute liegend auf. Der Unhold hatte es mehrere Stiche im Kopf und in der Lungengegend beigebracht. Die Leute brachten das Kind in ein Hospital, wo es schwer daniederliegt. Der Täter entfloh nach dem Walde.

Folgenschwerer Eisenbahnzusammenstoß. Aus Prag wird gemeldet: Bei Smetana-Steinberg auf der Bujtichrader Bahn stieß vorgestern nacht ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Neun Personen wurden schwer und elf leicht verletzt. Die Wagen wurden stark beschädigt.

Zur Grubenkatastrophe in Rubin. Nach den letzten Meldungen aus Rubin im Departement Aveyron sind der gestrigen Grubenkatastrophe im ganzen 11 Tote zum Opfer gefallen. Die Leichen waren so furchtbar verstümmelt, daß es erst nach stundenlangem Bemühen gelang, ihre Identität festzustellen. Neun andere Arbeiter sind mehr oder weniger schwer verletzt worden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet **21. und 28. d. M.** von 4 1/2 bis 6 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Aufhabe und eine Zahl als Werkzeuge beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Honorarbestimmung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Schriftliche Arbeiten werden in der Sprechstunde bis einschließlich den 19. d. Mts. nicht erledigt.

6. M. 75. 1. Rein, die Kosten des Unterhalts hat jedoch der Besizer zu decken. 2. Nur dann, wenn die Vermögensgenossenschaft die Unterhaltung und Heilbehandlung übernimmt. — **M. 101.** Bei der Stadthauptkasse, und zwar 1,44 M. täglich. — **P. 77. Ja.** — Friedelstraße 29. — Sie können sich beim Regierungspräsidenten in Potsdam beschweren. — **S. 1. 70.** Eine solche Anlage halten wir für unzulässig, machen Sie über gemeinschaftlichen Organisation Mitteilung. — **P. 8. 100.** Rein. — **5875.** Ein solcher Vertrag ist bindend. — **P. 8. 100.** 1. Gegen die Schweigereltern. 2. Landgericht Magdeburg. 3. Ja. 4. Auf Verlangen des Anwalts ja, sofern Sie nicht das Armenrecht haben. — **S. 56.** Eine Verletzung könnte nur dann erfolgen, wenn wegen des Verkehrs die Ehe geschieden ist. — **S. 9.** Die Kündigung ist verspätet erfolgt, Sie würden nicht nur für das Bierjahr Oktober-November, sondern für die Vertragsdauer haftbar bleiben, sofern der Vermieter nicht weiter vermietet.

Witterungsübersicht vom 15. Juli 1913.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. d. R.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. d. R.
Swinemünde	757	DD	1	wolkig	20	Saparanda	756	ND	2	wolkig	22
Hamburg	756	D	1	halb hb.	20	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	756	SD	1	halb hb.	21	Seibitz	752	ND	4	wolkig	14
Kranzl. a. M.	756	SD	2	bedeckt	20	Aberdeen	752	ND	3	bedeckt	13
München	759	SD	4	bedeckt	17	Paris	759	SD	3	bedeckt	15
Wien	758	S	1	bedeckt	18						

Wetterprognose für Mittwoch, den 16. Juli 1913.

Etwas kühler, zunächst ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden; später wieder aufklarend.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 14. 7.	seit 13. 7.	Wasserstand	am 14. 7.	seit 13. 7.
Remel, Elbt	—	—	Saale, Großh.	90	+2
Bregel, Jüterburg	16	-1	Havel, Spandau	4	+3
Wegelin, Thorn	246	-0,6	Kathow	18	-6
Oder, Ratibor	578	+10,6	Spree, Spremberg	66	-2
Stößen	186	+1,5	Beeslow	82	0
Frankfurt	158	-1,2	Bejer, Witten	148	-4
Barthe, Schrimm	120	+8	Witten, Witten	220	-4
Landesberg	8	+7	Rhein, Maximiliansau	520	+2
Rege, Vorbaum	-4	-4	Raub	257	-6
Eibe, Leimertz	24	-18	Rödn	281	+5
Dresden	-87	-9	Redar, Heilbronn	85	-13
Harb	136	-4	Rain, Hanau	143	-5
Magdeburg	117	-1	Rosel, Erier	56	-2

+) + bedeutet Aufst., — Fall. — *) Unterpegel.

Marktpreise von Berlin am 14. Juli 1913. nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,24 bis 20,30, mittel 20,12—20,18, geringe 20,00—20,06. Roggen, gute Sorte 17,18—17,20, mittel 17,14—17,16, geringe 17,10—17,12 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,70—17,00, mittel 16,30—16,60, geringe 15,90—16,20. Hafer, gute Sorte 17,40—17,90, mittel 16,50—17,30. Mais (mitel), gute

Sorte 00,00—00,00. Mais (runder), gute Sorte 14,70—15,30. Mischfrucht 0,60. Neu, alt 0,00, neu 0,00—0,00.
Marktpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speldeböden, weiße 35,00—60,00. Linen 35,00—60,00. Kartoffeln (Reinbl.), alte 0,00—00,00, neue 9,00—16,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—5,40. 1 Kilogramm Karotten 1,80—2,80. Kote 1,60—3,20. Hamster 1,40—3,60. Geyte 1,80—2,80. Barfche 1,00—2,40. Schote 1,60—3,50. Meie 0,80—1,60. 60 Stück Korbje 1,00—00,00.

Todes-Anzeigen

Am Montag, den 14. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, verstarb nach längerem Krankenlager, an den Folgen eines Schlaganfalles, unser innigstgeliebter Vater, Schwiegervater, Onkel und Großvater, der Schriftsetzer 118/4

Eduard Schubert

im beinahe vollendeten 75. Lebensjahre.
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an
Paul Schubert, als Sohn
Marie Schubert, als Schwiegertochter.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofs in Wilmersdorf, Berliner Straße 101—103, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Bezirk 111.
Am 13. Juli verschied nach langem Leiden unser Genosse
August Ritter.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 16. d. Mts., abends 6 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Um rege Beteiligung erucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

(Bezirk 191 Teil I u. II.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Schriftsetzer

Hermann Voigt

im Richterfelder Krankenhaus gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes, Pappelallee 15/17, aus statt.
Um rege Beteiligung eruchen
Der Bezirksführer.

Hermann Voigt

im 51. Lebensjahre. 1543B
Seine rege Wirksamkeit in der Gewerkschaft und sein kollegiales Wesen können stets ein Vorbild sein.
Sein Andenken wird immer in hohen Ehren halten.
Das Personal der Schriftsetzerei Wilhelm Wockmer.
Beerdigung siehe gestrige Anzeige!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Vater
Fritz Hirsch
am 12. Juli im Alter von 50 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 16. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Um rege Beteiligung erucht
Der Bezirksverwaltung.

Daufragung.

Allen denen, die sich an der Beerdigung unser lieben, braven Tochter und Schwester

Hanna Baumgart

beteiligt haben, sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Berlin-Überbischdowende.
Familie Krüger.

Mohrenstr. 37.

Kolonaden.
Gr. Frankfurterstr. 115.
Trauer-Magazin
Kleider, Hüte etc.
äußerste Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe
zu billigsten Preisen
Westmann

Dauer vom 16.-23. Juli

Wasch- und Lüster-Woche

Dauer vom 16.-23. Juli

Besonders billige Ausnahmepreise

Wasch-Joppen grünlicher Baumwollstoff . . . 80 Pf.
Wasch-Joppen grau gemustert 1.95
Wasch-Joppen grün Jagdtuch 2.65
Wasch-Joppen schilfgrün, mit Falten 5.25
Wasch-Hosen grau oder grünlich . . . 3.00 2.35 1.55
Weiße Wasch-Hosen 4.10 3.35 2.15
Wasch-Westen schöne Muster . . . von 75 Pf. an

Lüster-Jacketts schwarz 2.55
Lüster-Jacketts schwarz und gemustert . . 3.90
Lüster-Jacketts schwarz und farbig 5.10
Lüster-Jacketts schwarz und blau 7.20
Lüster-Jacketts amerikanisches Besetzen . 10.80
Bast-Jacketts Imitation, Qualität II 4.25
Bast-Jacketts Imitation, Qualität I 6.90

Knaben-Wasch-Anzüge zu den bekannten billigen Preisen
Blusen-Anzüge für 3-8 Jahre 5²⁵ 4¹⁰ 2⁶⁵ 1⁶⁵ 55 Pf.
Prinz-Heinrich-Anzüge für 3-8 Jahre 5⁵⁰ 4¹⁵ 2⁷⁸
Kieler Anzüge für 3-8 Jahre 4¹⁵ 3¹⁰, f. 9-14 Jahre 4⁹⁵ 3⁶⁰
Schul-Anzüge Joppe u. Hose, f. 7-12 Jahre 4⁸⁵ 3⁶⁰ 2¹⁰ 1⁴⁵
Wasch-Blusen u. Hosen für 3 bis 8 Jahre 1⁴⁵, 95, 70, 30 Pf.
Sport-Hosen blau Satin, waschecht für 3 bis 8 Jahre 1³⁵, 15 Jahre 1⁸⁵

Prompter Versand nach außerhalb.

BAER SOHN

Chausseestraße 29/30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
Große Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntag nur von 9-10 Uhr geöffnet

Der Haupt-Katalog Nr. 47 (Neueste Moden) kostenfrei

Sonntag nur von 9-10 Uhr geöffnet

Bast-Anzüge Imitat.

1- und 2reihig auf 2 und 3 Knopf, Hose mit Umlege
Qual. I 16²⁵ Qual. II 11²⁵

Große Posten

zu den bekannten herabgesetzten Preisen
Flanellart. Jacketts wenig ge- 2⁴⁰
litten
Flanellart. Hosen wenig ge- 1⁸⁵
litten
Flanellart. Westen wenig ge- 75 Pf.
litten

Gelegenheitsposten in

Damen-Gummi-Mänteln
21⁵⁰ 17⁵⁰ 14²⁵ 11⁷⁵

Herrn-Gummi-Mäntel

Echt englisch 9²⁵
(Single)

